

Bezugspreis.

Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 2 Reichsmark voraus zahlbar.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Aus der Himmels“, „Frauenstimme“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Vorwärts“, „Bild in die Arbeiterwelt“ und „Kulturarbeit“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Sonnabend, den 27. August 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

8000 Mann Besatzung weniger.

Englisch-französische Kompromißlösung.

Die britische Antwortnote zur Frage der Besatzungsverminderung im Rheinland ist gestern in Paris überreicht worden. Spät abends verbreitete die Agentur Haas folgende Auslassung: Die englische Note behandelt zwei Fragen, die noch unerledigt geblieben waren, diejenige des Gesamtsellbestandes der Besatzungstruppen und diejenige ihrer Verteilung.

Ansicht der deutschen Delegation Locarno genüge, nach Ansicht der französischen nicht. Es sei nötig gewesen, dies zu präzisieren, da der Frieden auf Tatsachen und nicht auf Illusionen aufgebaut werden müsse.

Wer nicht vertreten ist.

Die sozialdemokratische Fraktion im bulgarischen Parlament hat sich geweigert, einen Delegierten zur Tagung der interparlamentarischen Union in Paris zu entsenden.

Was ist national?

Löbe für Deutschland — „Lokal-Anzeiger“ gegen Löbe?

Was ist national? Diese Frage wird immer verwickelter. Zum Beispiel wenn man alle Flaggen der Welt liest, die amerikanische, die britische, die französische, die jugoslawische — bloß die deutsche nicht, so ist das „national“.

Genosse Löbe hat in Paris eine ausgezeichnete topfere Rede gehalten, in der er das Recht Deutschlands auf Räumung der besetzten Gebiete nachdrücklich verfochten hat.

Das echt „Nationale“ fängt offenbar erst bei der Lausbüberei an.

Im Zeichen des Thermidor.

Das Problem der russischen Revolution.

Von Peter Garwo.

Gewiß: ein Vergleich ist kein Beweis. Jedoch kann man bei der politischen Argumentierung geschichtliche Analogien kaum entbehren. Alle Parteien greifen daher zu geschichtlichen Analogien. Noch mehr! Für die Beurteilung der Entwicklungsetappe, einer Revolution ist es sehr charakteristisch, welche Phase einer früheren Revolution durch die streitenden Parteien als Beispiele herangezogen wird.

Von diesem Gesichtspunkt aus ist es für die Beurteilung der gegenwärtigen Etappe der bolschewistischen Revolution höchst charakteristisch, daß in Sowjetrußland für politische Kampfsprüche jetzt nicht der 14. Juli — der Tag des Bastillesturms, nicht der 10. August, nicht andere entscheidende Daten der Aufwärtsentwicklung der großen französischen Revolution, sondern die verhängnisvollen Daten der Abwärtsentwicklung, die großen Tage der „Spätrevolution“ herangezogen werden.

Wenn noch vor kurzem nur die Gegner der bolschewistischen Diktatur, vor allem die Sozialisten, von der thermidorianischen Umwandlung der Sowjetmacht, von der heranziehenden Gefahr des bonapartistischen Endes der Diktatur sprachen, so sehen wir jetzt, daß dieselben Behauptungen und Anklagen immer öfter und lauter von den oppositionellen Kommunisten selbst erhoben werden.

Das Thermidorargument hat sich in der politischen Diskussion Rußlands tief eingewurzelt. Die Frage der Thermidorgefahr bildete den Kernpunkt der Plenarsitzung des Zentralkomitees, die zwölf Tage dauerte und mit dem faulen Kompromiß, mit dem brüchigen Waffenstillstand bis zum entscheidenden Kampf auf dem Dezemberparteitag endete.

In seinem Bericht über die Plenarsitzung, den Rykow vor der Moskauer Parteiorganisation erstattete, gab er höchst beachtenswerte Zitate über die Thermidorfrage aus der nicht veröffentlichten Rede Trozki:

„Während der großen französischen Revolution wurden Tausende und aber Tausende guillotiniert. Und wir haben nicht wenig Leute erschossen. Aber in der französischen Revolution gab es zwei große Kapitel: das eine ging so (Trozki erhob die Hand), das andere — so (Trozki senkte seine Hand). Man muß das gut verstehen. Als das Kapitel aufwärts ging, da haben die französischen Jakobiner, die damaligen Bolschewisten, die Weißgardisten und Girondisten guillotiniert. Auch wir haben so ein Kapitel erlebt, als wir, die Oppositionellen, auch „Erschießer“, d. h. Scharfrichter waren. Aber danach begann in Frankreich ein anderes Kapitel, als die Thermidorianer, die „rechten“ Jakobiner, die linken Jakobiner, d. h. damaligen Bolschewisten, zu guillotinierten begannen. Wir wir Oppositionellen Erschießungen vornahmen, da wußten wir genau, nach welchem Kapitel wir das machten, jetzt aber fürchte ich, daß Sie beabsichtigen, uns... nach dem thermidorianischen Kapitel zu erschließen.“

Soweit Trozki. Wir schieben hier die Frage beiseite, „nach welchem Kapitel“ Trozki, Sinowjew und Kamenev, als sie noch die Macht in der Hand hatten, ihre politischen Widersacher, unter ihnen auch Arbeiter, in die Gefängnisse warfen und martierten, „nach welchem Kapitel“ diese eisernen Protestler gegen die Hinrichtung Saccos und Banzettis auf den Solowjetskij Inseln die eingesperrten Sozialisten und Anarchisten erschossen haben.

Noch mehr! Die Stalinsche Mehrheit drängte in der Plenarsitzung darauf, daß die Opposition gänzlich von der Beschuldigung der thermidorianischen Umwandlung der Partei und der Staatsmacht Abstand nehme. Jedoch hat die Opposition in der ihr abgeprehten Erklärung vom 8. August nur äußerlich auf diesen vergifteten Pfeil verzichtet. Es heißt in der Erklärung wörtlich:

„In bezug auf die Thermidorfrage erklären wir: Im Lande wachen und mehren sich Elemente des Thermidorianismus, die eine genügende soziale Basis haben. Wir fordern daher, daß die Parteiführung diesen Erscheinungen wie ihren Wirkungen auf gewisse Kettenmitglieder der Partei (gemeint ist hier fraglos der Stalinsche Stab) systematischen, zähen und planmäßigen Widerstand leiste. Wir verwerfen den Gedanken, als ob unsere bolschewistische Partei eine Thermidorpartei geworden sei.“

Auch die entschiedensten Gegner des Bolschewismus behaupten nicht, daß die bolschewistische Partei schon gänzlich zur Thermidorpartei entartet sei. Die Sozialisten behaupten nur, daß die bolschewistische Partei den thermidorianischen Umwandlungsprozeß durchmacht und durchmachen muß, da

Weiterer Rückgang der Arbeitslosigkeit.

Aber immer noch 576 000 Erwerbslose am 15. August.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge betrug am 15. August 1927 rund 420 000 (männlich 332 000, weiblich 88 000) gegenüber 452 000 (männlich 357 000, weiblich 95 000) am 1. August 1927 und 493 000 (männlich 389 000, weiblich 104 000) am 15. Juli 1927.

Auch die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenfürsorge ist in der Zeit vom 15. Juli bis zum 15. August 1927 welscherhin zurückgegangen und zwar um rund 25 000. Ihre Gesamtzahl betrug am 15. August 1927 rund 156 000 (männlich 125 000, weiblich 31 000) gegenüber 161 000 (männlich 145 000, weiblich 36 000) am 15. Juli 1927.

Die Gesamtzahl der unterstützten Arbeitslosen hat sich demnach in der Zeit vom 15. Juli bis zum 15. August 1927 von 674 000 auf 576 000, also um rund 98 000 = 14,5 Proz. verringert.

Verzögerung der Reichstagstagung.

Das schwierige Reichsschulgesetz.

Die Zwischentagung des Reichstages, die für die letzte Septemberwoche vorgesehen war, wird, wie der Parlamentsdienst des Zentrums mitteilt, voraussichtlich um eine Woche verschoben werden müssen, weil die Vorbereitungen um das Reichsschulgesetz bei den einzelnen Ländern noch erhebliche Zeit in Anspruch nehmen.

Der Jangtsestrom überschritten.

Aber Nanjing noch nicht gefallen.

Schanghai (über London), 26. August.

Nach der gestern erfolgten Befehung von Lungtschau, 80 Kilometer nördlich von Schanghai, am linken Ufer des Jangtse, durch die Truppen Sunshuanfangs, wird die Uebersehung des Stromes an zwei Stellen gemeldet. Die Nordtruppen haben diesen Uebergang bei Lungtan, 24 Kilometer flussaufwärts von Nanjing, und an einer anderen Stelle 16 Kilometer flussaufwärts bewerkstelligt.

Westlich von Pichinliang ist es zwischen den Südtruppen und den Truppen Sunshuanfangs zu einem erbitterten Kampfe gekommen. Letztere haben einen Truppentransportzug der Südmee in der vergangenen Nacht zum Entgleisen gebracht. Außerdem gelang es ihnen, einen Panzerzug zu erbeuten. Einige Truppenteile der Südmee sollen zu den Nordtruppen übergegangen sein. Die fliehenden Südtruppen haben die Schanghai-Nanjing-Bahnlinie an zwei Stellen unterbrochen.

Feuer in den Ambi-Works.

Drei Löschzüge der Feuerwehr wurden gestern abend gegen 11 Uhr nach den Ambi-Works in Johannisthal alarmiert. Aus bisher noch ungeläuter Ursache war in einem Exhaustor Feuer ausgebrochen, das größere Ausdehnung anzunehmen drohte. Dem tatkräftigen Eingreifen der Wehren ist es zu verdanken, daß das Feuer im Keime erstickt werden konnte. Nach etwa einstündiger Tätigkeit war die Gefahr beseitigt.

dieser Prozeß „eine genügende soziale Basis hat“. Dasselbe behauptet aber auch die kommunistische Opposition. Nach wie vor behauptet sie, daß der Thermidorprozeß vor sich gehe und daß die Parteileitung diesem Prozeß einen ungenügenden Widerstand leistet, mit anderen Worten, ihn fördert.

So bleiben beide Parteien, Stalin und die Opposition, wenn auch nicht auf den beiden Seiten der Barrikade, so immerhin auf beiden Seiten der Guillotine. Denn es ist klar: wenn die Stalinisten, wie es Trozki behauptet, die Guillotine „nach dem Kapitel des Thermidor“ gegen die Opposition zu gebrauchen beabsichtigen, so ergibt sich aus Trozki's Erklärungen, daß die Oppositionellen, wenn sie wieder die Oberhand gewinnen werden, die Guillotine gegen die „Thermidorianer“, wie früher in den Zeiten ihrer Herrschaft, gegen die angeblichen „Girondisten“ in Gang bringen werden.

Gibt es in Wirklichkeit einen realen Grund für die Thermidorgeschichte? Liegt nicht eine gewisse Uebertreibung in dieser polemischen Analogie? Widerspricht denn nicht diesem geschichtlichen Vergleich die Tatsache, daß der 9. Thermidor bekanntlich den Sturz des allmächtigen Diktators Robespierre brachte, während in Rußland die „Robespierre“ wie Trozki, Sinowjew und Kamenew sich gerade in der Opposition befinden, und der allmächtige Diktator Stalin ausgerechnet des Thermidorianismus angeklagt wird?

Alle historischen Analogien sind künstlich und ungenau. Und trotzdem! Vergessen wir nicht, daß auch Robespierre eigentlich unter dem Druck der Verhältnisse kurz vor seinem Sturz das Steuer nach rechts zu lenken, mit anderen Worten, den Weg zu betreten beabsichtigte, den der durch Robespierres tragisches Schicksal belehrte Stalin längst betreten zu haben scheint. Andererseits, erinnern uns denn nicht die heutigen „Robespierren“ wie Trozki und Sinowjew an die ultralinken Jakobiner, die im Bunde mit „der Rechten“ des Konvents, mit dem sogenannten „Sumpf“, die Initiative des Thermidor ergriffen hatten, um am anderen Tage in den Armen dieser „Rechten“ erstickt zu werden?

Der geschichtliche Sinn des französischen Thermidor war die Liquidierung der Schreckensdiktatur der kleinbürgerlich-proletarischen Schichten und der Uebergang zur offenen bürgerlichen Herrschaft. Diese Liquidierung ist nach dem Zusammenbruch aller Interventionversuche der europäischen Monarchien und nach dem Wegfallen aller äußeren Gefahren für das Bestehen der jungen Republik möglich und unabwendbar geworden.

Die Rep. d. h. die „neue ökonomische Positiv“ bedeutet eine, wenn auch nur teilweise Kapitulation vor den Bauern, vor der Privatwirtschaft, vor dem Kapitalismus. Rep war ein wirtschaftlicher Thermidor, der je weiter, desto mehr zum politischen Thermidor führt.

Die Stalinisten beschuldigen mit vollem Recht die Opposition der kommunistischen Tendenzen und der bauernfeindlichen Einstellung. Die Opposition beschuldigt ihrerseits die Mehrheit der großbäuerlichen Abschweifung. „Die ganze letzte Zeit“ führte Trozki aus, „zeichnet sich aus durch die politische Einrollung, Zurückziehung des Proletariats und durch die Aufrollung, Ausbreitung der anderen Gesellschaftsklassen.“ Umsonst wehren sich die Stalinisten mit dem Hinweis darauf, daß sie nach dem Gebot Lenins nur den Bund mit der Bauernschaft aufrechtzuerhalten und zu befestigen sich bemühen, der der „Diktatur des Proletariats“ zugrunde liege.

Die Sache ist eben die, daß die Sowjetmacht durch die Umpolung der wirtschaftlichen Entwicklung und unter dem Druck der Finanzbedürfnisse des Staates genötigt wird, sich nicht auf die Dorfarmut, wie es die Opposition fordert, sondern auf die eigentumsreichen großbäuerlichen, die kulakischen Elemente zu stützen. Auf dem Rücken der Bauernschaft wird die Bourgeoisie zur Staatsmacht hinaufklettern.

In dem bekannten Dokument der fünfzehn ultralinken Oppositionellen (Sapronoff-Gruppe), von denen die Trozki-

isten trotz der Forderung Stalins sich nicht abgrenzen wollten, sind klipp und klar die Merkmale der thermidorianischen Umwandlung der Hauptpfeiler der Diktatur aufgezählt:

„Die G. P. U. (früher Tscheta) beginnt, anstatt den Kampf gegen die Gegenrevolution zu führen, immer mehr ihre Tätigkeit auf den Kampf gegen die berechtigte Unzufriedenheit der Arbeiter und sogar gegen die innerparteiliche Opposition einzustellen.“ ... „Die Rote Armee, in der die großbäuerlichen Elemente die Oberhand gewinnen, droht, sich in ein geeignetes Werkzeug für bonapartistische Abenteuer umzuwandeln.“ ... „Im Staatsapparat „spürt man klar die Elemente der bürgerlichen Umwandlung.“ ... „Die Sowjetmacht droht, indem sie sich von der Arbeiterklasse trennt, eine über den Klassen schwebende (d. h. bonapartistische) Staatsmacht zu werden.“ ...

Diese tödliche, aber zutreffende Charakteristik zeugt davon, wie weit schon der thermidorianische Umwandlungsprozeß vorgeschritten ist. Unter diesen Umständen wird der Endsieg Stalins über die Opposition, der jetzt laut „Pravda“ zum letztenmal „der Rettungsring zugeworfen ist“, den Prozeß der Umwandlung der „thermidorianischen Elemente“ in eine Thermidorumwälzung nur beschleunigen. Jedoch könnte auch der übrigens unwahrscheinliche Sieg der Opposition nur eine vorübergehende Episode sein, da jeder Versuch, das Land wieder dem Kriegskommunismus preiszugeben, mit einem allgemeinen Sturm beantwortet werden würde.

Nur die breiteste Volksbewegung mit der Arbeiterschaft an der Spitze, unter dem Banner der politischen Freiheit und Demokratie, nur die demokratische Ueberwindung der bolschewistischen Diktatur kann sowohl dem 9. Thermidor als auch dem nachfolgenden 18. Brumaire eines russischen Bonaparte vorbeugen.

Ihre Majestät die Kaiserin! Freude in Bayern.

„Heil sei dem Tag, an dem sie uns erschienen!“ so singt man in Bad Kissingen. Räumlich: Ihre Majestät die Kaiserin Hermine. In der amtlichen Kurliste Nr. 109 steht die „hohe Frau“ an der Spitze, und täglich bringt die „Kissinger Saale-Zeitung“, das amtliche Publikationsorgan des Bezirks, Hofnachrichten über die hochwichtigen Staatsaktionen, die Ihre Majestät vornimmt. Da heißt es:

„Das Bad Kissingen Männer-Doppelquartier hatte die hohe Ehre, am 22. August, mit zwei Autos traf am Samstag nachmittags Kaiserin Hermine in Begleitung ihrer Tochter, ihrer Hofdame, ihrer Privatsekretärin und des Bodkommissars Herrn Oberregierungsrat Dr. Fux von Bad Kissingen hier ein. Die hohe Frau besichtigte zuerst die Stadtpfarrkirche, wo sie besonders für die Grünemald- und Niemenschneiderbilder großes Interesse zeigte, dann die Klosterkirche, hier die prunkvolle, im Rokoko-Stil gehaltene Innenausstattung bewundernd, und zuletzt das schöne Kunstmuseum, wo sich die Kaiserin in das aufstrebende Erziehungsbuch einzeichnete. Hofbescheid über das Gelebensrat der hohe Gast den Rückweg an.“

Nichts geht doch über ein tiefstürzendes Kunstverständnis! Und zum anderen Male lesen wir:

„Männerstadt, 22. August. Mit zwei Autos traf am Samstag nachmittags Kaiserin Hermine in Begleitung ihrer Tochter, ihrer Hofdame, ihrer Privatsekretärin und des Bodkommissars Herrn Oberregierungsrat Dr. Fux von Bad Kissingen hier ein. Die hohe Frau besichtigte zuerst die Stadtpfarrkirche, wo sie besonders für die Grünemald- und Niemenschneiderbilder großes Interesse zeigte, dann die Klosterkirche, hier die prunkvolle, im Rokoko-Stil gehaltene Innenausstattung bewundernd, und zuletzt das schöne Kunstmuseum, wo sich die Kaiserin in das aufstrebende Erziehungsbuch einzeichnete. Hofbescheid über das Gelebensrat der hohe Gast den Rückweg an.“

Oder aber:

„Gesellschaftliches. Ihre Majestät die Kaiserin Hermine besuchte das Atelier des Hofphotographen B. Dittmar und ließ verschiedene Aufnahmen anfertigen. Der hohe Besuch war Herrn Dittmar bereits von Doorn aus angekündigt, da Herr Dittmar die Kaiserin in früheren Jahren photographierte und diese Bildnisse höchste Anerkennung gefunden hatten. Auch diesmal wieder sprach sich die Kaiserin in sehr anerkennenden Worten über die künstlerisch vollendeten Aufnahmen aus. Die Bilder sind im Atelier ausgestellt.“

Es lebe der Byzantinismus! Vor allem, wenn er sich mit einer kleinen Geschäftsreise verbindet! Republikaner freilich ziehen die Folgerung daraus, Kissingen nicht gerade zu bevorzugen.

Aber man darf fragen: Seit wann datiert denn eigentlich diese innige Verehrung des Bayernlandes für Angehörige ausgerechnet des Hohenzollernhauses? Früher war diese Liebe äußerst gering. Da machte es Schwierigkeiten, wenn am Geburtstag des deutschen Kaisers aus dem Hohenzollernhaus in Bayern schwarzweißrot geflaggt werden sollte. Der letzte König aber, Ludwig III., äußerte sich als Prinz im Frühjahr 1896 in Rostau so scharf gegen jede Annäherung der Hohenzollern, daß es zwischen Berlin und München zu einer diplomatischen Haupt- und Staatsaktion kam!

Heute, wo wir in Berlin die Republik haben, hat man in Bayern freilich alles vergessen —, und in Kissingen selbst die Schlacht bei Kissingen aus dem Jahre 1866. Man dienern alleruntertänigst, sogar wenn es sich um eine Frau handelt, die niemals einen rechtlichen Anspruch auf den Titel Kaiserin und Königin gehabt hat.

Es braucht kaum hervorgehoben zu werden, daß in Kissingen am Verfassungstag selbstverständlich nur die Reichshochschule schwarzrotgold geflaggt hatten.

Für Gehlers Stammbuch.

Gewidmet von seinen „nationalkommunistischen Gauken“.

Alles, alles konnte Herr Gehler nach seinem Flaggenerlaß erwarten — nur das eine wird er für unmöglich gehalten haben: daß der Antifemismus seinen Witz an ihm wagt. Und doch war es möglich. Wir lesen:

Ich weiß nicht — laßt den Mann in Ruh,
der mit dem Flaggennuß freit —
was kann der arme Mensch dazu,
daß er gerade Gehler heißt?

Der klebt den Hut, der sein Panier,
auf jede Blüchleierpfeife —
na schön, gewiß; doch lassen wir
trotzdem die netten Gehlerwähe!

Bon je war eine Position,
die so man stützte, ein Schwacher:
Ob Gehler, Meier oder Cohn —
der Name tut hier nichts zur Sache!

Ob Gehler, Meier oder Cohn — so steht es im „Arminius“, dem Ehrhardt-Blättchen.

Seipel provoziert.

Orden für die Schickpolizisten.

Wien, 26. August. (Eigenbericht.)

Wie amtlich mitgeteilt wird, sind 140 Beamten der Wiener Polizei das goldene und silberne Ehrenzeichen der Republik verliehen worden. Es sind darunter alle Beamten, die als die Verantwortlichen an der Schließerei vom 15. Juli in der Oeffentlichkeit festgestellt wurden, so vor allem Hofrat Taus, der Leiter der Staatspolizei Hofrat Polla, der Zentralinspektor Tauber, der in den letzten Tagen eine Aktion gegen die freie Gewerkschaft der Sicherheitspolizisten eingeleitet hat und auch die Beamten, von denen Gen. Dr. Bauer in seiner Rede im Parlament erklärt hat, daß er Zeuge war, wie sie Demonstranten persönlich mißhandelt haben oder — wie andere Leute bezeugt haben — das Kommando zum Schießen ausführende Demonstranten gegeben haben. Daß die Verleihung dieser Auszeichnungen am Freitag veröffentlicht wird, hat seinen Grund darin, daß am Sonntag die Neuwahl der von Schober geschwidrig aufgelösten Personalvertretung der Sicherheitswache sein soll und die oöndes durch den Lertoc der Polizeidirektion schon seit Wochen bearbeiteten Polizisten jetzt noch durch diesen Akt des Bundespräsidenten, gegengezeichnet Seipel, besonders bearbeitet werden sollen.

Stigmatisierung.

Von Hans Bauer.

Allen okkultistischen Berichten gegenüber ist äußerstes Mißtrauen und äußerste Zurückhaltung geboten, aber das wird nicht heißen dürfen, daß man alle mit dem Okkultismus zusammenhängenden Probleme überhaupt im vorhinein und rundweg als undiskutabel übergeben abtun darf. Die Leichtgläubigkeit vieler Okkultisten schafft nicht die Möglichkeit einer okkultistischen Wissenschaft aus der Welt, die nichts zu tun hat mit Phantasterei und Gespensterputz, sondern die sachlich und nüchtern die Frage zu lösen unternimmt, inwieweit menschliche Willensregungen auf direktem Wege körperliche Effekte hervorzubringen vermögen. Es gibt eine Suggestion, es gibt eine Hypnose, es gibt Ahnungen: Es ist im Prinzip nicht einzusehen, warum es nicht auch noch andere Fernwirkungen der seelischen Kräfte geben sollte, sogar solche, die sich materiell äußern, und auch das vielleicht nur vorläufige Unermögern der Wissenschaft, sie bündig zu erklären, könnte so wenig etwas gegen sie beweisen, wie unsere Unkenntnis über das innerste Wesen der Elektrizität die Tatsache widerlegt, daß es sie gibt und daß wir sie zu erzeugen und zu dirigieren verstehen.

In diesem Sinne wird man sich auch von Therese Neumann, dem „Wundermädchen von Konnersreuth“, nicht mit der etwas billigen Redemendung wegwenden dürfen: Das ist ja alles Schwindel! Vielleicht wird hier geschwindelt: Es ist beispielsweise ganz unwahrscheinlich, daß Therese Neumann tatsächlich, wie sie angibt, monatlich nichts gegessen und getrunken hat — aber es dürfte nicht nur geschwindelt werden. Indessen, selbst wenn man die Stigmata der Therese Neumann, die sie an Füßen und Händen, am Kopf und auf der Brust trägt und die jeden Freitag von neuem zu bluten beginnen, selbst wenn man diese Wundermale Christi als wahr unterstellt und zugibt, daß nicht notwendigerweise, unter ganz anderen Stimmungsverhältnissen, auch in einem großstädtischen Krankenhaus eintreten müßte, was sich in einem weiseren, von kirchlicher Atmosphäre durchwobenen Gebirgsneest ereignet, so legt der Fall wohl mancherlei Zeugnis ab für die Macht der dunklen und noch so unerforschten Geisteskräfte in unserem Innern, aber keines für die überirdischer Offenbarungen. Das Leid als solches ist noch kein Argument für die Richtigkeit dessen, um dessen willen man leidet und das Nachleben des Golgathaganges Christi spricht nur für die innerliche Befessenheit des Nacherlebens, aber weder für noch gegen die Wahrheit der Evangelien und schließlich wäre, wenn hier nicht die mystischen Voraussetzungen und die einer Jahrtausende alten Doktrin fehlen würden, durchaus vorstellbar, daß bei einem besonders sensiblen Menschen sich auch die innerste Ergriffenheit über das graufige Schicksal der hingemordeten Märtyrer Sacco und Bonzetti in Verbrennungsmotoren an den Stromzuführungsstellen äußert.

Was da in Konnersreuth vor sich geht, das ist kein „Wunder“, auch nicht, wenn es unerklärlich ist. Naturgesetze werden hier nicht

widerlegt, es wird nur der Hinweis auf noch unbekanntes gegeben. Aber schließlich sind ja auch die uns bekannten Naturgesetze in ihren letzten Ursachen unerklärlich und wunderbar und alles läuft auf einen Streit um Worte hinaus.

Die Therese Neumann aus Konnersreuth lebt in einer Welt der religiösen Gefühle und darinnen gibt es kein Wahr und Falsch, vom Standpunkt einer weltlicheren Betrachtungsweise freilich ist sie weder eine Heilige noch eine Seherin, sondern ein krankes Menschenkind, dem die allzu eifrige Letztüre der Bibel schlecht bekommen ist.

Die Lügenhaftigkeit des Arztes. Die so viel erörterte Frage, ob der Arzt dem Kranken die Wahrheit sagen muß oder nicht, wird von einem bekannten amerikanischen Arzt Dr. Joseph Collins in geistvoller Weise in „Harper's Magazine“ behandelt. Er betont, daß der Arzt gewiß in den meisten Fällen verpflichtet ist, die Wahrheit zu sagen, und daß gerade durch unnötige Verheimlichung das Mißtrauen entstanden ist, das so viele Patienten gegen die Ärzte haben. Er darf nicht den Anschein erwecken, als ob er die Krankheit kennt, wenn er sich in Wirklichkeit nicht über sie im klaren ist. Er darf nicht Hoffnungen erwecken, daß er eine vollständige Heilung herbeiführen könne, wenn der Fall zweifelhaft oder gar unheilbar ist.

„Aber es gibt Lügen,“ fährt er fort, „die zum Segen des Kranken und im Interesse der Behandlung unbedingt notwendig sind. Wenn man den Todgeweihten durch eine Lüge noch einige glückliche Monate, ein wirkungsreiches Jahr retten kann, so muß man schweigen. Ein großer Geschäftsmann, der an Krebs erkrankt war, wurde operiert, und dann wurde ihm Radumbehandlung verordnet. Er wollte vor allem seine Tätigkeit wieder aufnehmen, weil er zur Erhaltung seiner Unternehmungen, zur Sicherstellung seiner Familie wichtige Maßnahmen durchzuführen hatte. Ich gab ihm die Erlaubnis, wieder zu arbeiten; ich verschwiegen ihm sein Leiden. So konnte er noch ein Jahr wirken und schaffen zum Segen der Seinen und seiner Angehörigen; erst in den letzten Wochen erfuhr er die Natur seiner Krankheit und durch diese Lüge war er vor Verzweiflung bewahrt worden, die ihn in seinem Wirken gelähmt hätte. Der Arzt, der böartige Krankheiten in ihren frühesten Anfängen entdeckt, braucht dem Patienten ebenfalls nicht die Wahrheit zu sagen, wenn er hoffen darf, ihn zu heilen, und ebensowenig wird er die Angehörigen beunruhigen, solange die Gefahr noch nicht dringend und unabwendbar ist. Es ist eine unnötige Grausamkeit, die Familie des Kranken, dem die Wahrheit verborgen bleiben soll, in die trüben Vermutungen einzuwideln, die der Arzt hegt. Bismillen freilich muß den Nächsten die Wahrheit gesagt werden, wenn man ihrer Mißhilfe bedarf, um dem Kranken eine zu frühe Erkenntnis zu ersparen. Jedemfalls ist es eine der schwersten und wichtigsten Aufgaben des Arztes, in jedem Fall vor seinem Gewissen zu erwägen, ob und wie weit er die Wahrheit sagen darf.“

Eine italienische Polarexpedition. Ueber eine geplante neue Polarexpedition des Generals Robite mit einem Luftschiff hatte der Bürgermeister der Stadt Mailand, die das Unternehmen finanzieren wird, eine Beratung mit dem Präsidenten der geographischen Ge-

ellschaft Italiens. Man vernimmt, daß die neue wissenschaftliche Forschungsjahrt auf jeden Fall einem noch unbekanntem Polargebiet gelten wird. Als Zeitpunkt ist das nächste Frühjahr vorgezogen. Der „Ambrosiano“ erzählt, die Expedition werde mit dem italienischen Luftschiff Nr. 4, einem vor kurzem in Giampino fertiggestellten und erprobten Schweslerschiff der „Rorge“ unternommen, das nach den Erfahrungen des Polarfluges verbessert wurde und erheblich leichter ist. Die neue Expedition wird nach dem Platte dem noch unerforschten Polargebiet zwischen dem Nordpol und der Küste Alaskas gelten, das bei der letzten Nordpolfahrt nicht berührt wurde. Das neue Unternehmen wird mit ausschließlich italienischen Mitteln und Mannschaften ausgeführt.

Die Temperatur der Straße. Sehr interessante Feststellungen erfolgten durch den englischen Forscher Mariot auf Grund seiner Messungen über die Temperaturen von auf der Straße befindlichen Objekten. Die Wärmebestimmungen, die an sehr warmen Spätsommer- und Frühherbsttagen in Straßen Londons vorgenommen wurden, ergaben zum Beispiel, an einem Augusttag um 2 Uhr nachmittags gemessen, daß sowohl das Asphaltplaster wie auch der Bürgersteig einer großen Straße die Temperatur von 38 Grad Celsius und ein betörter Weg 39 Grad Celsius aufwies, während die steinernen Treppen der Westminsterabtei nur 28 Grad warm waren. Im Verlauf der gleichen Messung, die bei einer nahe der Kathedrale gemessenen Schattentemperatur von 33 Grad Celsius stattfand, wies aber ein eisernes Treppengeländer nicht weniger als 43 Grad Celsius auf. Eine Messung, die am nächsten Tag erfolgte, erstreckte sich auf Bodentemperaturen. Sie zeigte, daß der Boden in einer stark beschatteten Parkallee 20 Grad Celsius warm war, in einem sonnigen Kiesweg dagegen 36 Grad Celsius, in einem Gemüsegarten betrug die Bodentemperatur, in der gleichen Stunde gemessen, im Schatten ebenfalls 36 Grad Celsius, in der Sonne jedoch 43 Grad Celsius. Bei den Wärmemessungen von Holzäulen ergaben sich am selben Tage Temperaturen bis zu 42 Grad Celsius.

Das Hotel für Fünfziger. Die Hotelbesitzer von heute finden eine besondere Schwierigkeit darin, es allen recht zu machen. Heute, wo überall die Dazzyband herrscht und überall getanzt wird, können sich ältere Herrschaften in dieser allzu lebhaften und geräuschvollen Umgebung nicht mehr wohlfühlen. In England ist deshalb in letzter Zeit, besonders in den großen Städten, eine neue Klasse von Hotels entstanden, in denen ältere Leute eine friedliche Unterkunft finden. In diesen „Hotels für Fünfziger“ ist der Tanzsaal gegen alle Geräusche vollständig abgedichtet, so daß die Musik in den Gastzimmern nicht gehört werden kann. Die Zimmer für die älteren Gäste liegen in demjenigen Teil des Gasthauses, der von dem Konzertsaal und Tanzsaal am weitesten entfernt ist. Hier befinden sich auch Besessenen und Schreibzimmer sowie der Spielsaal.

Eine Wigman-Schule in Berlin wird am 1. September Tauentzienstr. 18a eröffnet. Die Leitung der Schule hat Margarete Wollmann. Die Berufs- und Vorkursbildung in Tanz und Gymnastik erfolgt genau nach dem Lehrplan der Dresdener Schule. Mary Wigman wird persönlich in der neuen Berliner Schule unterrichten.

Die Bayerische Festspiele werden im nächsten Jahre wiederholt werden.

Dem Andenken Erzbergers!

Vor sechs Jahren . . .

Berlins Republikaner vereinten sich gestern, um dem Andenken eines Mannes zu huldigen, der als Republikaner und ehrlicher Verteidiger des neuen Staats den Opfertod fand. Gestern vor sechs Jahren war Matthias Erzberger von feigen Mordanschlägern in Griesbach heimtückisch ermordet worden.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und die republikanischen Parteien hatten aufgerufen, gestern den freiwillig Ermordeten zu ehren. Allen Bitternissen der Bitterung zum Trotz fanden sich auf dem Bittendergang zahlreiche Anhänger der Republik ein, um zu bekunden, daß sie das Andenken des Toten hochhalten.

Sandtagsabgeordneter Genosse Meier, der demokratische Redakteur Kowal und der Zentrumsvertreter Berlins, Kellermann, sprachen. Sie alle bezeugten Matthias Erzbergers Dienst am deutschen Vaterland. Erzberger war, so führte der Redner des Zentrums aus, ein Patriot von seltenem Opfermut, das hat er jederzeit bewiesen. Deshalb nehmen wir sein Erbe auf und bekennen uns zur Republik.

Reaktionäre Politik in juristischer Maske.

Hachenburgers Seitensprünge.

In der „Deutschen Juristenzeitung“ pflegt der Mannheimer Rechtsanwalt Hachenburg regelmäßig eine juristische Rundschau zu veranstalten. Da ihm die Berichterstattung über etwa 20 Spezialgebiete auf fünf bis sechs Spalten nicht genug zu sein scheint, wandert er des öfteren in die Politik hinüber. So befaßt er sich in Heft 15 mit dem Wiener „Ausruhr“. Darüber, daß er nicht der Toten, wohl aber der verbrannten Akten und Bilder gedenkt, mit Herrn Hachenburg zu rechnen, ist hier nicht der Platz. Denn Anstand ist eine höchstpersönliche Angelegenheit, und was sich für jeden Arbeiter von selbst versteht, gilt für den bürgerlichen Rechtsanwalt noch lange nicht.

Mit der Behauptung, daß es sich bei den Wiener Unruhen um eine vermutlich lange vorbereitete Aktion gehandelt habe, begibt sich der Handelsrechtsspezialist auf das Gebiet der politischen Lüge, und der Satz, daß die „in den Vorstädten hausenden Verbrecher“ (offenbar will Herr Hachenburg seinen besonderen Absichten vor der Vorstadtbevölkerung kundtun) die Gelegenheit von Unruhen zu benutzen pflegen, um die Stätten, an denen Recht gesprochen wird, zu vernichten, ist ein trauriger Abwägungsversuch, der den wahren Tatbestand verschleiern soll, daß die gesamte Arbeiterbevölkerung heute in den Juristen vielfach ihre hartnäckigsten und — wie das Beispiel des Herrn Hachenburg beweist — oft auch ihre unehrlichsten und deshalb gefährlichsten Feinde erblickt. Im übrigen zeigt die Ausnahme dieses Auffages aufs neue, daß die „Deutsche Juristenzeitung“ des Herrn Liebmann keine unpolitische Fachzeitschrift, sondern ein durchaus parteipolitisches und zwar reaktionäres Organ ist, was auch besonders bei der Bekürde des Kapitels „Personale“ mit seiner fortwährenden Heroisierung der Wiederherstellung einer gerechten Personalpolitik (lies: Entfernung aller Sozialdemokraten!) deutlich wird. Fast jede Nummer der „Deutschen Juristenzeitung“ bringt neue Beweise dafür, wie recht Genosse Kadbruch hatte, als er schon vor längerer Zeit seine Mitarbeit an diesem Blatte einstellte und in einem offenen Briefe an Herrn Liebmann an der arbeiterscheindlichen Haltung seiner Zeitung schärfste Kritik übte.

Nachrichtenschutz und Zensur.

Ueber letzteres Thema soll nicht gesprochen werden.

Genf, 26. August. (Eigenbericht.)

Die Konferenz der Presse-Sachverständigen hat in namentlicher Abstimmung mit der erforderlichen Einstimmigkeit eine Entschiedenheit angenommen. Sie spricht sich grundsätzlich für den Nachrichtenschutz aller privaten oder telephonischen Wege oder durch Radio übermittelten Nachrichten aus. Ausgeschlossen hiervon sind amtliche Nachrichten. Ein Ergänzungsantrag hierzu, der ebenfalls in namentlicher Abstimmung einstimmig angenommen wurde, sagt, daß nichtamtliche Zeitungsnachrichten bis zu ihrer Wiedergabe in einer Zeitung gesetzlicher Schutz haben sollen und die Nachricht nach der Veröffentlichung nur unter genauer Angabe der Quelle und gegen Bezahlung benutzt werden darf. Das Recht, eine Bezahlung solcher Nachrichten zu fordern wurde festgelegt auf Wunsch der Nachrichtenagenturen, um so die Möglichkeit auszuschließen, daß z. B. ein mittags erscheinendes Blatt aus einer vor ihm erscheinenden Zeitung die in dieser enthaltenen Agenturmeldungen benutzt, ohne auf diese Agentur abzuheben zu sein. Am Sonnabend steht u. a. „Zensur in Friedenszeiten“ zur Debatte. Das Präsidium erklärt, daß die Konferenz nur einen technischen Charakter habe und nicht das Recht besitze, bei den Beratungen dieses Punktes der Tagesordnung über die Verhältnisse in den einzelnen Ländern zu urteilen. An Versuchen, diesen Abwägungsplan zu ändern, dürfte es nicht fehlen.

Polens Zollerhöhungen.

Deutsche Vorstellungen wegen Gefährdung der Vertragsverhandlungen.

Warschau, 26. August. (Eigenbericht.)

Wegen der von der polnischen Regierung beabsichtigten Einführung von Maximalzöllen auf Waren aus den Ländern, mit denen Polen keinen Handelsvertrag besitzt, wurde am Freitag der deutsche Geschäftsträger in Warschau beim polnischen Außenministerium vorstellig und gab zu verstehen, daß diese Zollerhöhungen auf die bevorstehenden Handelsvertragsverhandlungen keineswegs günstig einwirken können. Im übrigen muß darauf hingewiesen werden, daß diese Maximalzölle seit fast drei Jahren zu erwarten waren und die gegenwärtig angekündigte Verordnung lediglich die Ausführungsbestimmungen einer Verordnung aus dem Jahre 1924 darstellt. Diese neue Verordnung, die übrigens noch nicht amtlich bestätigt ist, geht nicht so weit, wie es die polnischen Industriellenverbände zum Schutze der heimischen Produktion wünschen, da diese eine Umstellung der Zölle auf Goldbasis verlangen.

Todesopfer des Wahlkampfes.

Wieder einmal in Kroatien.

Wenn in Kroatien gewählt werden soll, gibt es Tote und Verwundete. Das ist eine alte Regel. Und wie es in der Zeit war, da Kroatien noch unter habsburgischem Regiment ungarischer Festsitz stand, so ist es auch in der Ära des Südslawenreiches geblieben. Am 11. September werden die Wähler dort ihr Stimmzettelchen in

Der Kampf um die Flagge.

Die Hoteliers als Staat im Staate.

Wir erleben jetzt wieder einmal den nicht mehr ungewöhnlichen Vorgang, daß die in erster Linie zum Schutz der Verfassung und ihrer Symbole berufene Bürgerblock-Regierung im Reiche vollkommen versagt, während die Wahrung der nationalen Würde auf Preußen und Berlin übergegangen ist. Das Zentrum, das durch Herrn Marx und den Herrn Dr. Brauns ja immer noch in der Reichsregierung vertreten ist, wird wahrscheinlich auf seine Koalitionsbrüder von rechts mit sehr gemischten Gefühlen blicken. Das Hauptorgan des Zentrums, die „Germania“, erinnert nämlich daran, daß auch die deutschen nationalen Minister von ihren Kraftwagen und Amtshäusern die von den Hotels — und leider auch noch von einer Anzahl bekannter Kaufhäuser — verleierte Reichsflagge wehen lassen und kaum dabei zum Ausdruck bringen wollen, daß sie sich dadurch in einen „Parteistreit“ einmischen. Die „Germania“ fügt hinzu:

„Es bedarf ja kaum noch der Begründung, daß die Vertreter der Behörden solche Gaststätten, die die Reichsflagge demonstrativ boykottieren, meiden müssen. Das Vergehen des preussischen Ministerpräsidenten wird in allen Kreisen Billigung finden, denen es ernst ist mit der Anerkennung unserer heutigen Staatsform und ihrer Symbole.“

Man darf doch wohl annehmen, daß es danach auch den Zentrumsministern im Reiche „ernst ist mit der Anerkennung unserer heutigen Staatsform und ihrer Symbole“, und daß sie daher von sich aus ganz ähnliche Anordnungen treffen müßten, wie sie in Preußen getroffen sind. Freilich, ob die deutschen nationalen Koalitionsminister und — Herr Stresemann das gestatten werden, erscheint noch einigermaßen zweifelhaft, selbst wenn Herr Marx den Willen dazu hätte.

Über wie sich diese Bürgerblockregierung auch stellen möge; die neue Flagge des Reiches wird ihren Weg weiter machen trotz alledem, und es wird nicht allzu lange dauern, dann werden selbst die Hotelgewaltigen von Berlin, wenn sie sich auch heute noch mit der schönen Geste sittlicher Entrüstung gegen die Auffassung wenden, daß sie Feinde der Republik seien, von ihren Häusern mit und ohne Sternbanner die Farben wehen lassen, die sie heute verneinen. Es kommt nur darauf an, daß die Republikaner dieselbe Hartnäckigkeit in der Befechtung ihrer Ideale zeigen, wie sie das preussische Zentrum zu allen Zeiten an den Tag gelegt hat.

Die ganz deutsche Presse zeigt, daß es sich um mehr handelt als nur um eine Unterlassungsfünde. Diese Gasthauskonzerne fühlen sich als eine selbständige Macht, die nicht nur ihren Angestellten gegenüber den Herrn im Hause spielen, sondern nunmehr auch den Staatsbehörden mit drohender Geste entgegenzutreten zu können meint. Sie fühlen sich als ein Teil jener „Wirtschaft“, die auf allen und jeden Gebieten sich als dem Staate gleichberechtigt, wenn nicht gar übergeordnet wähnt.

Eine Erklärung der Angeklagten.

Sie wollen weiter gegen die Republik demonstrieren!

Vorstand und Beirat des Vereins Berliner Hotels hat gestern nachmittag nach mehr als fünf-stündiger erregter Beratung folgende Erklärung beschlossen und sie der Öffentlichkeit übergeben:

Wir Entrüstung weisen die unterzeichneten Betriebe die in einem Teil der Tagespresse gebrachten Behauptungen zurück, daß die Betriebe die Reichsflagge mißachten oder verfassungsfeindlich eingestellt wären. Ausdrücklich wird hierdurch nochmals hervorgehoben, daß die Hotels und Gaststätten zu ihren Gästen alle Bevölkerungskreise zählen und bestrebt sind, es nach Möglichkeit allen recht zu machen. Deswegen wurde bei festlichen Gelegenheiten, da die alte Reichsflagge sowohl wie die neue leider zum Symbol politischer Richtungen geworden sind, um dem Wirtschaftsfrieden zu

dienen, die Handelsflagge (also die schwarzweißrote Reichsflagge) und die städtische Flagge gehißt, und erst als das von einer Reihe von Zeitungen übergenommen wurde, entschloß man sich, immer wieder des Friedens wegen, gar nicht zu flaggen. Im übrigen wurde auch in den Zeiten vor dem Kriege bei prominenten ausländischen Besuchern in den Hotels stets nur die Flagge des betreffenden Landes gehißt, ohne daß es je von irgendeiner Seite beanstandet wurde.

Wir wehren uns mit aller Energie dagegen, daß wir von behördlicher Seite entgegen den Bestimmungen der Reichsverfassung gezwungen werden sollen, ein politisches Bekenntnis abzulegen, was den übrigen wirtschaftlichen Unternehmen, wie z. B. den Warenhäusern, den Großbanken, nicht zugemutet wird. Gerade das Gaststättenwesen, das den Gästen, wie schon der Name sagt, eine Stätte der Erholung sein soll, darf nicht zum Tummelplatz politischer Kämpfe gemacht werden.

Wir werden an unserem politischen Standpunkt, weder die alte noch die neue Reichsflagge zu hissen, festhalten solange, bis uns von berufener Seite ein Weg gezeigt wird, wie wir die Verärgerung eines erheblichen Teiles unserer Gäste vermeiden können. An die Kollegenchaft im Reiche ist zwecks Anschließens an obige Erklärung herangetreten worden.

Adlon, Bristol, Esplanade, Kaiserhof, Continental, Central, Fürstenhof, Palasthotel, Hotel Baltic, Hotel Atlas, Hotel Deutscher Kaiser, Habsburger Hof, Hotel Wolke, Magdeburger Hof, Hotel Nordland, Hotel Prinz Friedrich Karl, Hotel Prinz Wilhelm, Russischer Hof, Schmidt's Hotel, Berliner Hof, Westfälischer Hof, Krausenhof, Hoipiz im Zentrum, Kurfürstehotel, Hotel Sanssouci und viele andere Hotels und Restaurationsbetriebe, wie Belter, Hiller, Dresfel, Huth, Tannsdorf-Betriebe usw.

Man soll sich die Adressen dieser Unterzeichner ganz besonders einprägen und sich vor allem merken, daß wiederum die Aschinger-Gesellschaft mit ihrer großen Zahl von Gaststätten bei diesem Boykott der Reichsflagge führend an erster Stelle steht!

Es gibt im Inlande zahlreiche Republikaner, die zu Geschäfts- oder Privatzielen nach Berlin kommen und bisher in einem dieser Hotels abzustiegen pflegten. Es wird sie interessieren, zu wissen, welche Hotels in Zukunft ihren Besuch nicht mehr wünschen. Das gleiche gilt für die zahlreichen Gäste aus dem Auslande, die Sympathie für das neue Deutschland in seiner republikanischen Gestalt haben. Auch diese wissen nun, daß man in den Häusern der Unterzeichner auf ihren Besuch nicht mehr reflektiert.

Daß nach dieser Erklärung die preussische Regierung und der Berliner Magistrat von ihren Beschlüssen abgehen könnten, halten wir für ausgeschlossen.

Das Urteil der Amerikaner.

Wolffs Bureau meldet aus New York:

Der herzliche Empfang, den die deutsche Regierung und die Stadt Berlin dem New Yorker Oberbürgermeister Walker bereitet haben, wird von allen amerikanischen Zeitungen des Ostens und Mittelwestens fortlaufend verfolgt und auf der ersten Seite mit großer Ausführlichkeit behandelt. Bei der Bedeutung New Yorks und der großen Popularität, deren sich Mayor Walker in weiten Kreisen der Vereinigten Staaten erfreut, kommt sein Besuch in Deutschland nach Ansicht der amerikanischen Presse dem eines Repräsentanten der ganzen Union gleich. Es ist daher erklärlich, daß jede von ihm stammende und jede an ihn gerichtete Äußerung genau berichtet wird und daß die Ehrungen durch Berliner und Reichsbehörden sowie die freundschaftliche Aufnahme durch die Berliner Bevölkerung hier noch anerkannt werden. Die Differenzen zwischen dem Oberbürgermeister Böß und dem Hotel Kaiserhof werden mit allen Einzelheiten wiedergegeben, einmal, weil sie durch Bürgermeister Walkers Besuch akut wurden, zweitens, weil für die Amerikaner die Nationalflagge eines der wichtigsten und heiligsten Symbole ihrer Republik ist.

eine schwierige Situation gestellt; jedoch vertrauen ihre Führer darauf, auch bei den kommenden Wahlen ihre Siege um ein Drittel vermehren zu können.

Riesengauerei in Rumänien.

Der Generaldirektor ist der Generaldieb.

Budapest, 26. August.

Wie aus Bukarest gemeldet wird, hat der Direktor des rumänischen Amtsblattes „Monitorul Oficial“, Tomescu, in seinem Amtsraum sich erschossen und einen an die Polizei gerichteten Brief hinterlassen, in dem er große Unterschlagungen eingestehet. Tomescu teilt mit, daß in der rumänischen Staatsdruckerei seit Jahren Unterschlagungen größten Stils vorliefen, die vom Generaldirektor Palejanu persönlich geleitet wurden. Dieser hat die Beamten durch die verschiedensten Drohungen zur Beteiligung an den Defraudationen bewogen. Tomescu schrieb, daß er sein Gewissen nicht länger beschwichtigen könne und mit seinem Tode diese Enthüllung bezahlen müsse. Auf Grund dieser Mitteilung wurden der Generaldirektor und der Sekretär verhaftet. Ersterer versuchte zuerst zu leugnen, doch legte der Sekretär ein umfassendes Geständnis ab. Schließlich gab der Generaldirektor zu, daß er in den letzten Jahren 22 Millionen Lei Staatsgelder unterschlagen habe, und daß er durch andere Defraudationen noch ungefähr 70 Millionen Summe dürste 100 Millionen Lei übersteigen, da auch andere Beamte daran beteiligt waren. Der Generaldirektor und sein Sekretär wurden in das Gefängnis der Staatsanwaltschaft eingeliefert. Es stehen weitere Verhaftungen bevor.

Eine amtliche Bestätigung dieser Meldung liegt noch nicht vor.

Offizierspielerei mit Handgranaten.

Zwei polnische Soldaten tot, 15 schwer verwundet.

Warschau, 26. August.

Während einer Militärübung in der Nähe von Stanislaw (Südostgalizien) ging ein Offizier inmitten einer Abteilung Soldaten derartig fahrlässig mit einer Handgranate um, daß diese, während er sie in der Hand hielt, explodierte und ihn selbst und einen neben ihm stehenden Soldaten in Stücke riß. Außerdem wurden dabei 15 weitere Soldaten schwer verwundet und mußten ins Krankenhaus transportiert werden.

Die irischen Neuwahlen.

Nur zwei Monate nach den letzten!

Dublin, 26. August. (Eigenbericht.)

Der überrochende Entschluß der irischen Regierung, den Wiedereintritt des Parlaments nicht mehr abzuwarten, sondern sofort Neuwahlen auszuschreiben und die in den beiden Nachwahlen von Dublin zum Ausdruck gekommene der Regierung günstige Stimmung auszunützen, findet bei der Opposition scharfe Kritik. In einer Erklärung sagt der Nationalistenführer de Valera, „er vertraue darauf, daß alle echten Irländer sich vereinen werden, um den britisch gesinnten Imperialismus des Ministerpräsidenten Cosgrave zu bekämpfen. Der Führer der Arbeiterpartei, Johnson, erklärte, die Ausschreibung der Neuwahlen zwei Monate nach der letzten Wahl sei der Akt eines Spielers und ein Ausdruck der Verachtung, die Cosgrave für die Demokratie hege. — Die Arbeiterpartei, deren Klassen noch von der letzten Wahl her geistert sind, ist durch die Neuwahlen vor

Kundgebung der Gärtnereiarbeiter.

Sie wollen nicht länger minderen Rechts sein!

Der Vorstand des Verbandes der Gärtner und Gärtnereiarbeiter veranstaltete gestern nachmittag in den Räumen des Reichswirtschaftsrates eine Kundgebung, zu der auch Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden, der Ministerien, der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, des ADGB, der Berliner Ortsausschüsse des ADGB, und der befreundeten Organisationen erschienen waren. Der Reichsverband für den deutschen Gartenbau hatte es abgelehnt, an dieser Kundgebung teilzunehmen.

Nach einigen einleitenden Worten des Verbandsvorsitzenden Genossen Busch referierte der Redakteur des Verbandsorgans, der „Allgemeinen Deutschen Gärtnerzeitung“, Genosse Lehmann-Berlin, über die Stellungnahme der Gärtnereiarbeiter zum Arbeitsschutzgesetz. Er ging zunächst auf die seit Jahrzehnten umstrittene sogenannte gärtnerische Rechtsfrage ein, die darauf abzielt, für die Gärtnereiarbeiter ein besonderes Arbeitsrecht zu schaffen, das sie schlechter als die übrigen gewerblichen Arbeiter stellt. Während sich früher die Gärtnereiarbeiter stark dafür einsetzten, daß die Gärtnereibetriebe unter die Reichsgewerbeordnung zu fallen hätten, vertreten dieselben Unternehmer heute die Auffassung, daß der allgemeine Begriff „Gärtnerarbeiten“ nicht klar genug sei und durch den Begriff „Gartenbau“ ersetzt werden müsse. Der Zweck dieses plötzlichen Begriffswechsels ist,

die Gärtnereien zu landwirtschaftlichen Betrieben zu stampeln und dadurch das kommende Arbeitsschutzgesetz für die Gärtnereiarbeiter auszuschalten.

Der Verband der Gärtner steht auf dem Standpunkt, daß der Begriff „Gärtnereien“ klarer sei als der Begriff „Gartenbau“. Die klarsten und zutreffendsten Bezeichnungen seien für Schrebergärten und von Laien und Gartenfreunden betriebenen Gärten, Gartenbauvereine, für selbstmäßig betriebenen Gemüse- und Obstplantagenbau, Landwirtschaft und für alle übrigen Betriebe Gärtnereien.

Gegen die Bestrebungen der Gärtnereiarbeiter für die Gärtnereiarbeiter auch nach dem Zustandekommen des Arbeitsschutzgesetzes ein Ausnahmerecht zu schaffen, müsse ganz ener-

gisch protestiert werden. Der Redner gab dann noch die Verschlechterungsanträge der Unternehmer zu diesem Gesetzentwurf bekannt und kam zu dem Schluss, daß die Gärtnereiarbeiter auch nach der Reichsverfassung ein Recht haben, die Einbeziehung in das Arbeitsschutzgesetz zu verlangen.

Diesem Vortrag folgte ein weiterer des Jugendsekretärs des Verbandes, Genossen Kirschke-Berlin, über die

Einbeziehung der Gärtnereien in das Berufsausbildungs-gesetz.

Auch dieser Redner wandte sich gegen die Bestrebungen, die Gärtnereilehrlinge von dem Schutz des Berufsausbildungs-gesetzes auszuschließen. Er wies an zahlreichen Beispielen aus der Praxis nach, wie notwendig die Einbeziehung der Gärtnereilehrlinge aus allen Gärtnereibetrieben in dieses Gesetz sei, um einen wirklich hochwertigen Berufsnachwuchs zu erzielen, wie ihn die heutige Ausbildung nicht gewährleistet. Der Redner berührte in diesem Zusammenhang auch die ungeheure Lehrlingszuchterei und wies an gravierenden Zahlen nach, daß besonders in den Großbetrieben die Lehrlingszuchterei in vollster Blüte steht. Eine Beseitigung dieser Mißstände könne nur von dem Berufsausbildungs-gesetz erwartet werden, von dem Gärtnereilehrlinge nicht ausgeschlossen werden dürfen.

Schließlich legte sich noch der Bezirksleiter, Genosse Haude-Dresden in einem Referat für die

Erweiterung der Staats- und Gemeindegärtnereien

ein. Die Praxis habe gezeigt, daß erst dort wirklich vorbildliche und für die Bevölkerung nützliche Anlagen geschaffen worden sind, wo die Kommunen selbst die Gärten, Park- und Friedhofsanlagen anlegen und instand halten. Die Versuche der Privatunternehmer, auch hier ins Geschäft zu kommen, müssen mit aller Entschiedenheit bekämpft werden.

Damit schloß die eindrucksvolle Kundgebung, die hoffentlich nicht erfolglos bleibt.

Schiedspruch für die Straßenbahner.

Das vereinbarte freie Schiedsgericht zur Schlichtung des Tarifstreites bei der Berliner Straßenbahn fällt gestern in später Abendstunde nach über sechsstündiger Beratung einen Schiedspruch, der im wesentlichen folgendes besagt:

Die Arbeitszeit für das Betriebspersonal beträgt durchschnittlich acht Stunden, jedoch kann sie täglich auf neun Stunden ausgedehnt werden zur Bewältigung der im Straßenbahndienst notwendigen Nebenarbeiten. Von dieser Ueberstunde sind 30 Minuten mit einem Zuschlag von 15 Prozent zu vergüten.

Für das technische Personal wurde die tägliche Arbeitszeit von neun auf acht Stunden herabgesetzt, jedoch kann auch hier in dringenden Fällen eine tägliche Ueberstunde verlangt werden. Der hierfür festgesetzte Zuschlag beträgt für die ersten drei Ueberstunden in der Woche 15 Prozent und für jede weitere Ueberstunde 25 Prozent.

Der Urlaub bleibt in der bisherigen Form bestehen für das bis zu zehn Jahren beschäftigte Personal. Von da ab tritt eine Verbesserung ein, nach der das technische Personal bis zu 16 Tagen Urlaub, das Fahrpersonal bis 18 Tagen erhält. Im § 616 des BGB. sind einige unwesentliche Verbesserungen vorgesehen. Die Förderung auf Gewährung eines Krankentages wurde unbegreiflicherweise nicht berücksichtigt, auch nicht die Forderung auf Zahlung von Nachtzuschlägen.

Der Schiedspruch soll bis zum 31. März 1929 gelten. Die Erklärungsfrist ist auf den 10. September festgelegt worden.

Die Bankangestellten gegen den 9-Uhr-Kassenschluß.

Der Zentralvorstand des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankangestellten hat in seiner gestrigen Sitzung zu dem Entschluß des Verbandes Berliner Spezialgeschäfte, die Kassen der Banken bis 9 Uhr abends offen zu halten, Stellung genommen. Er ist dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß die von dem Verband Berliner Spezialgeschäfte zur Stützung seines Verlangens geltend gemachten Gründe, wie „Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs, Ersparnis von Zinsverlusten, größere Sicherheit gegen Raub und Diebstahl, Förderung des Fremdenverkehrs“ ebenso selbstverständlich wie lächerlich sind.

Die angebliche Förderung des bargeldlosen Verkehrs durch den Kassenschluß existiert nur in der Phantasie des Verbandes der Spezialgeschäfte; Zinsverluste der Nachmittageinzahlungen kommen überhaupt nicht in Frage, da die Wertstellung solcher Zahlungen erst per nächsten Tag erfolgt. Versicherung gegen Raub und Diebstahl ist nicht Sache der Banken, sondern Aufgabe der Versicherungsgesellschaften. Was nun endlich die „Förderung des Fremdenverkehrs“ anbelangt, so haben die nach Berlin kommenden Fremden von 9 bis 3 Uhr nachmittags reichlich Zeit, ihr Geld umzuwechseln. Vielmehr aber meint der Verband Berliner Spezialgeschäfte, daß während dieser Zeit die Fremden schlafen, um für das Studium des Berliner Nachtlebens entsprechend gerüstet zu sein und verlanen dann noch von abends 10 Uhr bis 3 Uhr früh die Einrichtung von Wechsel-schaltern in den Bars und den mondänen Vergnügungstätten Berlins.

Der Allgemeine Verband wertet den Vorstoß des Verbandes Berliner Spezialgeschäfte als den ersten Schritt auf einem längeren Wege — der Beseitigung des 7-Uhr-Ladenschlusses und an dessen Stelle der Offenhaltung der Verkaufsstellen bis 9 Uhr und 11 Uhr abends oder gar noch länger, wie in den alten Zeiten seligen Andenkens für jeder sozialen Einsicht bare Kleinräuber.

Für die Angestellten und ihre Organisationen gilt es, derartigen rücksichtslosen Tendenzen gegenüber wachsam zu sein, ihren Anfängen zu widerstehen und dementsprechend mit aller Energie gegen sie Front zu machen.

Der Zentralvorstand des Allgemeinen Verbandes hat deshalb beschlossen, den Bestrebungen des Verbandes Berliner Spezial-

geschäfte energischsten Widerstand entgegenzusetzen. Der Antrag dieses Verbandes konnte auch nur gestellt werden, weil den dafür verantwortlichen Kräften die elementarste Einsicht in die interne Betriebsorganisation der Banken vollständig fehlt. Zur Erledigung des Bank- und Zahlungsverkehrs reichen die Kassenstunden von 9 bis 3 Uhr nachmittags vollkommen aus. Wenn der Verband Berliner Spezialgeschäfte aber glaubt, die von ihm beabsichtigten dunklen Wege hinter ledenscheinigen Auskünften maschieren zu können, dann wird ihm die organisierte Bankangestelltenkraft klar machen, daß er sich hier in einem fundamentalen Irrtum befindet. Die organisierte Bankangestelltenkraft lehnt es ab, zu der beabsichtigten Sabotage der sozialen Errungenschaften der kaufmännischen Angestellten Schrittmacherdienste zu leisten, ebenso wie sie entschlossen ist, ihre eigenen sozialen Interessen mit allem Nachdruck zu verteidigen.

Vom Abbau der Krisenfürsorge.

Die Jugendlichen sollen ausgeschaltet werden.

Essen, 26. August. (TL.)

Der Reichsarbeitsminister hat am 9. August 1927 ein Schreiben an die Landesbehörden für Erwerbslosenfürsorge gerichtet, das im einzelnen hervorhebt, wie wenig sich die Besserung des Arbeitsmarktes in der Krisenfürsorge bewährt habe. Ein großer Teil der Krisenunterstützten komme wegen seines hohen Alters oder infolge Erwerbslosendauer für den Arbeitsmarkt kaum noch in Frage. Bedenklich sei vor allem, daß sich nach einer Erhebung der Reichsarbeitsverwaltung am 15. April 1927 unter den Krisenunterstützten 43 000, also mehr als 18 Proz., Jugendliche unter 18 Jahren befänden hätten. Der Reichsarbeitsminister weist darauf hin, daß die wirtschaftlichen Stellen und Verwaltungsausschüsse der Krisenfürsorge mehr als bisher ihre Aufmerksamkeit schenken müßten.

Das heißt, den Jugendlichen soll die Krisenfürsorge möglichst entzogen werden. Damit sind wir durchaus einverstanden, doch nur unter der Bedingung, daß einige Anstrengungen gemacht werden, die Jugendlichen in Arbeit zu bringen. Ein ganzer Teil der erwerbslosen Jugendlichen, die im Haushalt der Eltern leben, erhalten überhaupt keine Unterstützung, d. h. auch keine Erwerbslosenfürsorge, weil die „Bedürftigkeit“ verneint wird. Auch für sie müßte Arbeit beschafft werden, damit sie von der Straße kommen. Mit der Entziehung der Krisenunterstützung ist's nicht getan.

Pflichtigkeit der Nordwestlichen.

Der Streikfall geregelt.

Essen, 26. August. (Eigenbericht.)

In dem Terraingebiet der Eisen- und Stahlindustrie Nordwestliche Gruppe war zwischen den Parteien Streit entstanden, welche Betriebe und Betriebsabteilungen gemäß dem Schiedspruch vom 20. Juli 1927 zur Hüttenindustrie oder zur weiterverarbeitenden Industrie zählen. Der Arbeitgeberverband, an der Spitze die Vereinigten Stahlwerke und die übrigen Ortsgruppen hatten den Antrag gestellt, daß ein ganzer Teil von Betrieben und Betriebsabteilungen künftig zur Hüttenindustrie zählen, die bisher unter die Arbeitszeit der weiterverarbeitenden Industrie gefallen sind. Das würde bedeuten, daß nicht eine Arbeitszeitverlängerung, sondern eine Arbeitszeitverkürzung eingetreten wäre. Diesem Ansuchen leisteten die Gewerkschaften entschiedenen Widerstand. In der Sitzung des tariflichen Schiedsausschusses am 26. August einigten sich beide Parteien auf folgende Regelung:

In den Betrieben und Betriebsabteilungen, in denen vor dem 8. August nach der Arbeitszeit der Hüttenwerke 59 Stunden gearbeitet worden ist, wird laut Schiedspruch vom 20. Juli 1927 =

57 Stunden gearbeitet. In den Betrieben und Betriebsabteilungen, in denen nach der Arbeitszeit der weiterverarbeitenden Industrie 56 Stunden gearbeitet wurde, wird nach dem Schiedspruch vom 20. Juli 1927 = 54 Stunden bzw. ab 3. Oktober 1927 = 52 Stunden gearbeitet. Da, wo der Charakter eines Werks oder einer Werksabteilung sich grundlegend geändert hat, entscheidet auf Antrag in Einzelentscheidung der Schiedsausschuß gemäß Artikel 11 des Rahmenvertrages.

Der Kampf in der Krefelder Seidenindustrie.

Der Lohnstreit in der Krefelder Seidenindustrie kommt nunmehr vor das Reichsarbeitsministerium, nachdem die Verhandlungen vor dem staatlichen Schlichter für den Bezirk Rheinland zu keinem Ergebnis geführt haben. Die Gewerkschaften haben wiederholt vor dem Schlichter ihren Verständigungswillen gezeigt. Auch der Schlichter hat sich bemüht, die Parteien zusammen zu bringen, aber auch diese Bemühungen scheiterten daran, daß die Krefelder Unternehmer nicht mehr über die Betriebe verfügen können. Sie mußten, den Anordnungen des Reichsverbandes der deutschen Textilindustrie folgend, jedes Zugeständnis ablehnen. Die Verhandlungspraxis der Unternehmer stand in einem schreienden Gegensatz zu ihrer Erklärung an die Krefelder Bevölkerung, die durch den Lohnstreit in Mitleidenhaft gezogen worden ist. Man muß bedenken, daß von der Auslieferung rund zehntausend Arbeiter, mit Einschluß ihrer Angehörigen rund 30 000 Menschen, betroffen werden. Diese Zahl macht etwa ein Viertel der Einwohnerschaft Krefelds aus. Das ganze Wirtschaftsleben der Stadt leidet unter dem Kampf.

Die Arbeitgeber wollen, wie sich nun allmählich herausgestellt hat, nicht nur von einer generellen Akkordloohnerhöhung nichts wissen, sondern sie wollen überhaupt keine Akkordloohnerhöhung. Diese Haltung übertrifft nicht, wenn man erfährt, daß die Spitzenorganisation der Textilunternehmer beim Reichsarbeitsministerium zu dem Zweck vorstellig geworden ist, die Schlichter gegen die Akkordloohnerhöhung scharf zu machen. Der Akkordlohn spielt in der Textilindustrie eine große Rolle; auch im Krefelder Konflikt kommen viel Akkordlöhner in Frage. Daher die Bereitwilligkeit der Arbeitgeber, wohl die Zeitsöhne, nicht aber die Akkordlöhne zu erhöhen.

Die Justiz kennt auch Milde.

Wenn es sich um den Arbeiterschutz handelt.

Die Justizbehörden sind von den Ministerien wiederholt zur strengeren Verfolgung von Zuwiderhandlungen gegen die Schutzvorschriften über die Arbeitszeit angehalten worden. Wie der Appell aber in der Praxis respektiert wird, zeigt der Ausgang einer Gerichtsverhandlung gegen die Firma C. C. Förster Textil-W.G. in Neulalza-Spremberg. Gegen den Direktor Alfred Riva der genannten Firma schwebte ein Verfahren, weil er November und Dezember 1926 17 Arbeiter wöchentlich 60 bis 93 Stunden arbeiten und an einigen Sonntagen drei bis vier Arbeiter mit Reine machen beschäftigt ließ. Eine Verwarnung durch das Gewerbeaufsichtsamt in Bautzen war nicht beachtet worden. Riva erhielt einen Strafbescheid über 1600 M. für die Arbeitszeitüberschreitungen und über 300 M. für die Sonntagsarbeit. Er erhob dagegen Einspruch. Das Amtsgericht Neulalza-Spremberg lehnte die Strafen auf 1000 M. und 150 M. herab. Die Staatsanwaltschaft legte Berufung ein und verlangte Erhöhung der Geldstrafe. Die Berufung der Staatsanwaltschaft wurde verworfen und das Verfahren wegen der Sonntagsarbeit wegen Verjährung eingestellt. Riva wurde lediglich zu einer Geldstrafe von 800 M. über 8 Tagen Gefängnis verurteilt.

Die Gewerkschaftsbewegung in Polen.

Eine Statistik der polnischen Gewerkschaftsbewegung für das Jahr 1925 ist soeben vom polnischen Arbeitsministerium veröffentlicht worden. Insgesamt zählte man in Polen in diesem Jahre 412 Gewerkschaften mit 787 283 Mitgliedern, die mehreren Gewerkschaftszentralen angeschlossen sind. Die stärkste Gewerkschaftszentrale ist der polnische Gewerkschaftsbund „Amsterdamer Richtung“ mit 242 000 Mitgliedern; fast ebenso stark ist der Bund der nationalen Gewerkschaften mit 221 000 Mitgliedern; die christlichen Gewerkschaften zählen 74 000 Mitglieder.

Am stärksten sind die Arbeiter im Verkehrs- und Transportgewerbe organisiert; hier gehören 79 Proz. aller Arbeitnehmer den Gewerkschaften (verschiedener Richtungen) an; dann folgen die Angestellten und Arbeiter der kommunalen und staatlichen Einrichtungen und Betriebe mit 54 Proz., die Buchdrucker mit 49 Proz., die Textilarbeiter mit 36 Proz., die Bergarbeiter mit 34 Proz. usw. Am schwächsten — zu 15 Proz. — sind die Landarbeiter organisiert.

Achtung, Dreher von Bergmann, Rosenthal! Heute vormittag 10 Uhr Versammlung der Streikenden in der „Wartburg“. Die Streikleitung.

Jugendgruppe des ZdM.

Käufung! Morgen, Sonntag, Demonstration zum Gewerkschaftsfest. Alle Jugendmitglieder treffen sich pünktlich 11 Uhr auf der Wesenabende vor dem Verbandsbureau. Wimpel und Fahnen mitbringen!

Freie Gewerkschaftsjugend Groß-Berlin.

Morgen, Sonntag, 26. August, Gewerkschaftsfest. Die Jugend demonstriert an der Spitze ihrer Verbände.

Deutscher Bauergewerksbund (Nadgruppe der Ispes). Dienstag, 30. August, 17 1/2 Uhr, in den Weißbrotgeschäften, Emsberger Str. 22, Mitgliederversammlung. Erscheinen sämtlicher Kollegen ist notwendig!

Bauergewerksbund, Jugendgruppe. Zum Gewerkschaftsfest sammelt sich die Jugend 12 Uhr in der Staliger Straße unter der Hochbahn am östlichen Bahnhof.

Glaser. Die Kollegen stellen sich zum Gewerkschaftsfest in ihren Bezirken. Treffpunkt in Reptom im Paradiesgarten.

Verantwortlich für Politik: Richard Bernheim; Wirtschaft: A. Caterina-Gewerkschaftsbewegung; Friedr. Eckers; Neulalza: A. D. Fischer; Colonia und Conliges; Reichsverband: Angelegen: E. Glode; Samlich in Berlin. Verlag: Formaris-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Formaris-Verlag und Verlagsgesellschaft Paul Stager u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2. Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.

10 billige TAGE		Einige Beispiele:	
Straßen-Anzüge	25,- 29,- 36,- 45,- 49,- 59,- 69,-	Ulster und Palctois	39,- 49,- 59,- 69,- 79,- 89,- 98,-
Beinkleider	3,- 4 ⁵⁰ 5 ⁵⁰ 7 ⁵⁰ 9 ⁵⁰ 12,- 15,-	Regenmäntel	11,- 17 ⁵⁰ 22 ⁵⁰ 28,- 32,- 36,- 39,-

M. Schulmeister

Kollbuse-10

LINDAU Bodensee.

Reizende Inselstadt in unvergleichlich schöner Lage / Herrl. Erholungsaufenthalt. Sehr bequeme und lohnende Ausflüge mit Dampfschiff. / Aussichtswagen. Flugzeug und der neuen Pfänderbahn / See- und Bergsport / Neuzeitliche Badeanstalten und Strandbäder. Prosp. d. d. Städt. Verkehrsbüro. Tel. 614.

Das neue Gesicht der Straße.



Das Beispiel vom Winterfeldtplatz

Nicht nur der jungen Generation Berlins, auch den „alten Berlinern“ von 40 Jahren und darüber kommt es zumeist gar nicht zum Bewußtsein, wie sich in den letzten Jahren das Gesicht der Berliner Straßen verändert hat. Daran ist nicht nur die plötzliche diesjährige Färbung der Häuserfassaden auf „neue Sachlichkeit“ schuld; ganz in der Stille hat sich die Kleinarchitektur der Straße in einem Maße gewandelt, von dem vor 25 Jahren noch niemand geträumt hat.

Wie war es denn damals? Es war schon fast eine kleine Sensation, als ungefähr um 1910 herum die Zeitungskioske errichtet wurden. Diese Kioske wurden nicht von der Stadt, sondern, nach städtischerseits begutachteten Entwürfen, von der „Berliner Kioskgesellschaft“ errichtet, und die Stadt vermittelte dazu nur den Platz, das Straßenland. Es war auch vorgeschrieben, daß die Kioske an den Straßenseiten einen „vornehmen Charakter“ tragen müßten, und es gab alten Ernstes damals in den Zeitungen Debatten darüber, ob diese Kioske nicht als Stilllosigkeit überhaupt zu unterlassen sei. — Erst in der Nachkriegszeit, in der sich die Stadt um immer neue Einnahmequellen umgab, kam man darauf, auf Straßen und Plätzen kleine, massive Häuschen zu errichten und nun von der Stadt nicht nur das Straßenland, sondern die fertigen Räume zu vermieten. In der Inflationszeit wurde die Stadt durch Vertrag

auch Eigentümerin der bisher errichteten Zeitungskioske, da die Gesellschaft lange mit der Riste im Rückstand geblieben und schließlich durchaus einverstanden war, diese Verpflichtungen loszuwerden.

Das neueste in der Art aber ist das „Verkehrshäuschen“, das das Bezirksamt Schöneberg auf dem Winterfeldtplatz errichtet hat. Das beherrscht fast ein halbes Dutzend verschiedener Betriebe; unterirdisch liegt die Bedürfnisanstalt für beide Geschlechter, und in dem Aufbau befinden sich: eine Telefonzelle, die Räume für den Marktlerarzt (auf dem Winterfeldtplatz wird mehrmals wöchentlich Markt abgehalten), eine Zeitungshalle. Und das ist das bemerkenswerteste an diesem vorbildlichen Verkehrshäuschen: zum erstenmal hat man hier daran gedacht, welche Tortur für die Angestellten der Kioskgesellschaft die stundenlange Beschränkung auf den engsten Raum ist und hat neben dem Verkaufsraum einen Nebenraum geschaffen, in dem sich die Verkäuferin auch mal etwas Warmes bereiten kann; dazu ist auch noch Wasserleitung angelegt und für die Beheizung der Zeitungshalle durch Dampfheizung Sorge getragen. Das Bezirksamt Schöneberg hat mit der Errichtung dieses Verkehrshäuschens gezeigt, daß die moderne Form, die dem kleinen Bau gegeben wurde, nicht nur „Fassadenkultur“ ist.

Ein feudaler Rohling.

Der Staatsanwalt für lächerlich geringe Strafe.

Eine rohe Ausschreitung führte den Kaufmann Gottfried Carl Graf v. Schwerin wegen Körperverletzung vor das Schöffengericht Berlin-Tempelhof. Obwohl noch jung an Jahren, weist der Angeklagte bereits hohe Vorstrafen auf. Als er am letzten Stahelhelmtage die Straßen entlangging, und sich ein Stahlhelmbüchse näherte, rief irgendein Straßenpassant: „Berlin bleibt doch rot!“ Der Angeklagte will darüber so in Erregung geraten sein, daß er an zwei Arbeiter, die er für die Rufer hielt, herantrat und sie fragte: „Bleibt Berlin rot?“ Als die Beiden, die gar nicht solchen Ruf getan hatten, sondern ruhig ihres Weges zu ihren Schachklub gingen, antworteten: „Jawohl“, schlug der Angeklagte dem einen von ihnen mit der Faust heftig in das Gesicht. Durch den Schlag wurde dem Betroffenen nicht nur die Brille zertrümmert, so daß die Gläser sein Gesicht zerhackten, sondern ihm auch, wie der Arzt später feststellte, das Nasenbein doppelt gebrochen. Der Graf versuchte dann durch die Reihen der Stahlhelmlente zu

flüchten, jedoch wurde er festgenommen und zur Wache gebracht. Hier sagte er zu dem Geschloffenen, als dieser ihm Vorhaltungen machte, noch höhnisch, es hätte nichts geschadet, wenn beide Augen kaputt gegangen wären. Drei Wochen lag der Geschloffene krank. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten, weil eine schwere Ausschreitung vorliegt, die empfindlich bestraft werden müßte, 1 Monat Gefängnis. Das Gericht ging aber über diesen Antrag hinaus, indem es auf 3 Monate Gefängnis erkannte, da derartige Vorgänge mit allen Mitteln bekämpft werden müßten.

Republikanertag in Neukölln. Das Reichsbanner Neukölln veranstaltet am heutigen Sonnabend einen republikanischen Tag verbunden mit einer Bannerweihe. Die Neuköllner Kameradschaften und sehr viele Kreisvereine aus dem Gangebiet, die an der Veranstaltung teilnehmen, treffen sich um 1/2 Uhr am Reuterplatz. Nach einem kurzen Umzuge durch Neukölln marschieren der Zug nach dem „Orpheum“, Haltenbeide, wo die eigentliche Feier stattfindet. Die Weiberrede hat Senatspräsident Großmann übernehmen. Republikaner, steigt an diesem Tage!

Die Silberschwärme

Von Rex Beach (Nachdruck verboten)

Bonds Gesicht rötete sich vor Zorn, und er machte Miene umzukehren.

„Um Gotteswillen, machen Sie keine Dummheiten, sonst kommen wir nie zum Ziel.“

„Ich lasse mich nicht auspionieren,“ brummte er, „ich drehe dem Kerl den Hals um.“

„Und werden dafür ins Gefängnis kommen.“

„Rein,“ antwortete er düster, „vielleicht haben Sie recht mit Ihrem Verdacht. Wer aber auch Willis Marsh Bundesgenosse ist, ins Gefängnis wird er mich nicht bringen.“

Sie blickte hastig zu ihm auf, als ob sie einen doppelten Sinn in seinen Worten vermutete, und als sie seinen verholtenen Zorn bemerkte, fügte sie in weichem Ton hinzu: „Sie lieben Fräulein Wanland sehr, nicht wahr?“

Er atmete tief auf und als er den Kopf drehte und sie den Ausdruck in seinen Augen sah, bedurfte sie keiner weiteren Antwort. Sie sagte nur: „Ich hoffe, Bond, daß Sie all das Leid wert ist, das Sie Ihnen bereitet.“

Mehr sprachen sie nicht darüber, das Herz aber war ihr sehr schwer geworden. Als sie das Dock erreichten, hatten sie den Spion aus den Augen verloren; als das Schiff unterwegs war, sahen sie ihn an Bord und bemerkten seine Nähe während des ganzen Ausfluges.

Se sahen den Berg Rainer, der seinen majestätischen, schneebedeckten Gipfel zum strahlenden Himmel hob, während seine Abhänge in violetten Dunst gehüllt waren. Der Sund sah wie ein schwarzsilbernes Schild aus, spiegelblank und glühend, und in der Ferne verloren sich die waldbedeckten Höhen. Der Sund spiegelte Märchenlein, auf denen sich eine so wilde und üppige Vegetation breit machte, daß ihre Schwere wie in ihr eigenes Spiegelbild hinabzudrücken schien. Bald öffnete eine lächelnde Bucht die Aussicht zu goldenen, sandigen Ufern, wo das Wasser leise plätschernd über weiße Steine spülte, bald glitt ein dunkler Felsen vorbei, der in das einsame Beschauen seines eigenen Spiegelbildes vertieft war. Es war ein wunderbarer, eindrucksvoller Tag.

In Tacoma verließ Bond Cherry, um seinen Geschäften nachzugehen. Als er sie später zum Essen traf, rief er fröhlich:

„Heute habe ich mehr Glück gehabt. In der Bank sagte man mir, daß die Sache keine Schwierigkeiten bereiten würde, morgen früh werde ich die Entscheidung erfahren.“

„Hat der Spion Sie zur Bank begleitet?“ fragte sie.

„Das nehme ich an.“

„Dann werden Sie sicher morgen eine Abfrage bekommen.“

Als Bond ins Hotel zurückgekehrt war und in sein Zimmer kam, wurde er dort von dem aufgeregten George empfangen.

„Alles hat sich gegen uns verschworen. Wir können das Schiff, das wir gefahrt haben, nicht bekommen.“

„Die „Margarete“, warum nicht?“

„Der Agent hat heute telephonierte, daß wir sie nicht bekommen können.“

„Welchen Grund hat er angegeben?“

„Keinen.“

„Es war das einzige Schiff hier im Sund, das uns zur Verfügung stand, und unsere Fracht wird in vierzehn Tagen hier sein.“

„Jedenfalls ein Teil derselben.“

„Ein Teil? Was meinst du damit?“

„Die Dampfkessel werden nicht rechtzeitig eintreffen.“

„Die Dampfkessel?“

„Ja. Dies dies.“ Bald reichte ihm ein Telegramm.

„Verhand verspätet,“ las Bond. „Das ist ja lustig, aber glücklicherweise gibt es noch andere Fabriken, die Maschinen verkaufen! Er nahm ein Telegrammformular und setzte hastig ein Telegramm auf, das die Order zurückzog. „Ich glaube, Cherry hat recht. Marsh tut sein Möglichstes, um uns Steine in den Weg zu werfen.“ Er begann von den Ereignissen des Morgens zu erzählen, noch bevor er aber geendigt hatte, wurde er ans Telephon gerufen.

„Mehr schlechte Nachrichten!“ rief er, als er zurückkam.

„Die Jackson-Rebir-Kompagnie teilt mir soeben mit, daß sie unsere Order nicht ausführen kann. Gott weiß, was wir noch zu erwarten haben.“

„Mehr bedarf es nicht,“ sagte George entsetzt, „jeder dieser Schiffskaschläge genügt, um uns zu vernichten.“

Ungefähr eine Stunde später trat Cherry unangemeldet und ganz aufgeregter ins Zimmer.

„Ich habe eine interessante Neuigkeit zu erzählen. Als ich eben ins Hotel kam, irrte der Liftungsschaffner sich und fuhr mich ein Stockwerk zu hoch, ohne den Irrtum zu bemerken, gehe

Der Mayor beim Oberbürgermeister.

Im Hause des Oberbürgermeisters Böß, das mit der Reichsflagge, dem amerikanischen Sternbanner und dem Berliner Stadtbanner geschmückt war, fand gestern zu Ehren des Bürgermeisters von New York ein Frühstück im engeren Kreise statt. Als Gäste waren zugegen, außer dem Bürgermeister und seiner Frau, einige zur Begleitung des Bürgermeisters von New York gehörige Amerikaner und einige Vertreter der Stadt Berlin. Der Oberbürgermeister widmete dem Bürgermeister Walter berufliche Worte des Willkommen und gab seiner besonderen Genugung über das Interesse Ausdruck, das Walter den sozialen und verkehrlichen Einrichtungen Berlins entgegengebracht habe. Er trank auf die Stadt New York, ihren Bürgermeister und dessen Frau sowie auf das amerikanische Volk. Der Bürgermeister von New York dankte mit herzlichen Worten.

Die Hauptfeuerwache in der Lindenstraße hatte gestern amerikanischen Besuch. Am Donnerstag trafen in Berlin mehrere New-Yorker Feuerwehrproffiziere ein, die sich auf einer Studienreise durch einige europäische Hauptstädte befinden. Die amerikanische Kommission unter Führung der Bataillonkommandeure Drengh und Dr. Wittson, in deren Begleitung sich auch mehrere amerikanische Ärzte befanden, wurden von dem Oberbranddirektor Gemp empfangen und nahmen darauf eine eingehende Besichtigung der neuesten Einrichtungen der Berliner Feuerwehr vor. Die Rettungswagen, die neuen modernen Leitern und das Feuerlöschboot erregten das besondere Interesse der Gäste. Im Verlauf der Besichtigung, die fast zwei Stunden dauerte, machten die Amerikaner zahlreiche photographische und Filmaufnahmen. Den Besuch bildete ein unter Leitung des Oberbranddirektors in szeniertes Lösch- und Rettungsmanöver, das großen Beifall bei den Amerikanern auslöste. Die Studienkommission, die bereits in Paris einige Tage verweilt, beabsichtigt nach ihrem Berliner Aufenthalt Wien einen mehrtägigen Besuch abzustatten.

Gefälschte Aktien.

„Ein fluchwürdiges Verbrechen.“

Um gefälschte Deutsch-Luxemburg- und Phönix-Aktien handelte es sich in dem Prozeß wegen versuchten Mordverbrechens und Urkundenfälschung, der gegen den Kaufmann Günther Jacobi vor der Berufungsstrafkammer des Landgerichts III zur Verhandlung gelangte. Jacobi war bereits in die großen bekannten Aktienfälschungen des sogenannten Barons v. Blumenthal verwickelt gewesen, war jedoch in dem seinerzeit stattgefundenen Prozeß freigesprochen worden.

Diese Affäre hatte sich Jacobi nicht zur Wahrung dienen lassen. Eines Tages machte ein Buchdrucker aus der Provinz die Anzeige, daß ihm Jacobi den Auftrag gegeben hätte, Deutsch-Luxemburg- und Phönix-Aktien zu drucken. Im Besitz des Buchdruckers wurden dann auch Pausen und Zeichnungen der genannten Aktien vorgefunden. Wie sich herausstellte, hatte der Angeklagte zunächst hier in Berlin einen Drucker gesucht. Es war jedoch zu keinem Druck gekommen, weil die Genehmigung der betreffenden Gesellschaft vorher verlangt wurde. Auch der Drucker in der Provinz, der zunächst zu dem Druck bereit war, hatte dann Argwohn geschöpft, als bei einem geschäftlichen Besuch in Berlin die Besprechungen immer in Gerichtsräumen von Warenhäusern stattfanden, und er bei einer Anfrage erfuhr, daß die Gesellschaften von der Sache nichts wußten. Der Angeklagte gab auch zu, daß er die erwähnten Aktien drucken lassen wollte, behauptete aber, daß sie nur Reklamezwecken dienen sollten. Das Schöffengericht hatte diesen Angaben keinen Glauben geschenkt und Jacobi zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt, wogegen vom Staatsanwalt wie vom Angeklagten Berufung eingelegt wurde. Nach erneuter umfangreicher Beweisaufnahme beantragte der Staatsanwalt 6 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust und Zulässigkeit von Polizeiaufsicht. Auch das Berufungsgericht kam abermals zu einem Schuldspruch. Es sah als einen Widerspruch zu den angeführten Reklameabsichten des Angeklagten den Umstand an, daß die Aktien genau dem Original entsprechend und nicht etwa nur auf einer Seite gedruckt werden sollten, um Platz für die beachtlichste Reklame zu haben. Weiter wäre belastend, daß auch Dividendenscheine gedruckt werden und nur die fehlen sollten, die bereits fällig gewesen waren.

ich den Gang einlang, und wer kommt aus der Tür eines der Zimmer? Unser Freund, der Spion! Indem er die Tür öffnete, hörte ich ihn sagen: Ja, ich werde mich morgen früh wieder melden.“

„Bei wem wollte er sich melden?“

„Wenn ich das wüßte! Gleich darauf ging ich ans Telephon, um Ihnen von meiner Beobachtung Mitteilung zu machen, und während ich mit dem Hörer am Ohr auf die Verbindung wartete, kam ich in eine Leitung hinein und hörte folgende Unterhaltung mit an: Unser Kontrakt umfaßt fünfzigtausend Kisten, die Dose zu fünf Dollar. Wir nahmen an, daß es mindestens zwanzig Cent unter dem Verkaufspreis sei. Ich wollte den Hörer gerade fortlegen, als ich mich erinnerte, daß Sie Ihre Produktion von fünfzigtausend Kisten an Bloc u. Co. für fünf Dollar die Dose verkauft haben. Darum horchte ich und hörte eine andere Stimme antworten.“

„Kannten Sie die Stimme?“

„Rein. Sie sagte: Wir wollen die Kisten mit einem Dollar unterbieten. Großer Gott! sagte die andere Stimme, das bedeutet einen Verlust, mehr hörte ich nicht. Da dachte ich, ich wollte lieber persönlich zu Ihnen kommen, anstatt mich dem Telephon anzuvertrauen.“

„Und Sie kannten keine der Stimmen?“

„Rein. Aber unten im Bureau sah ich an der Fremdentafel, daß die Zimmer 610 bis 612, aus denen der Spion herauskam, von Herrn Jones aus New-York bewohnt sind, der vor drei Tagen angekommen ist. Ich möchte darauf wetten, daß Sie vor Ablauf von vierundzwanzig Stunden eine Mitteilung von Bloc u. Co. bekommen, und daß der Bewohner dieser Zimmer Herr Willis Marsh ist.“

Der große George fing furchtbar an zu lachen. „Es sieht aus, als ob sie uns wirklich den Garaus machen, nur weil der verdammte Frazer uns mit seinem Geschwätz in diese Patsche gebracht hat.“

„Auf alle Fälle wollen wir bis zum letzten kämpfen,“ sagte Emerson düster. „Wenn ich das Geld in Tacoma bekommen kann —“ Das Telephon klingelte heftig.

„Bloc u. Co.“, weisagte Cherry, diesmal aber irrte sie sich.

„Telephon aus Tacoma,“ sagte Bond mit dem Hörer am Ohr. Die anderen lauschten atemlos. „Hallo! Ja, Bond Emerson!“ Dann folgte eine Pause, in der die Lauschenden eine dünne, raspelnde Stimme, die von weit her kam, murmelnd hörten.

(Fortsetzung folgt.)

Die Aktienfälschungen, die jetzt besonders an der Tagesordnung sind, stellen ein fluchwürdiges und besonders strafwürdiges Verbrechen dar, das für die ganze Finanzwelt eine große Gefahr bedeutet. Handelt es sich hier doch immer um Millionen, und zeigen doch die Verbrechen hier eine selten starke verbrecherische Energie. Deshalb könne das Gericht jetzt einem solchen Angeklagten keine mildernde Umstände gewähren, und es müsse bei den erkannten 2½ Jahren Zuchthaus bleiben, wenn der Angeklagte auch bisher unbestraft sei. Dementsprechend wurde auf die Verurteilung der Berufung erkannt.

Der tüchtige Vertreter. Er beweist seine „Tüchtigkeit“.

Die Tätigkeit des früheren Buchdruckers Louis Bohoff hat einer hiesigen mittleren Druckerei einen Schaden von 70 000 Mark eingebracht. Die Art, wie er seine „Vertretung“ ausführte, die der Firma so kostspielig wurde, bildete gestern vor dem Großen Schöffengericht Berlin-Mitte den Gegenstand einer Anklage wegen schwerer Urkundenfälschung. Eines Tages hatte der neue Herr Vertreter eine Geschäftsreise nach Braunschweig zum Besuche von Konferenzen in der Gegend gemacht, hatte dabei einen Konjunkturfahrer mit sich genommen, der die ihm drohende Gefahr ahnte, hatte zwar versucht, durch ein nach Braunschweig geschicktes wiederum gefälschtes Telegramm das Unheil aufzuhalten, jedoch war ihm dies nicht gelungen, und so wurde er als Schwindler entlarvt. Wie er in den Besitz des Briefbogens und des Firmenstempels jener Firma gekommen war, die angeblich den Auftrag über 50 000 Mark gegeben hatte, wagt er sich anzugeben. Weiter machte er aus guten Gründen den Versuch, die Vernehmung seines früheren Chefs als Zeugen zu verhindern. So erweist dieser seinerzeit über den angeblich glänzenden Auftrag gewesen war, so empört erklärte er jetzt, zum Teil den Zeugen in großem Zorn mit den Fäusten bearbeitend, daß ihm an den 1250 Mark, die der Angeklagte in bar von ihm als Vorzahlung auf die Provision erhalten habe, weniger läge. Aber der Schaden durch den unbilligen Auftrag der Arbeit sei für ihn ungeheuerlich. Das Papier, 60 000 Bogen, sei durch das Verschneiden wertlos geworden. Dann kämen Arbeitslohn, Klebezeug, Entwurfs- und Lithographie, was ihm insgesamt etwa 70 000 Mark kostete. Demgegenüber hätte der Angeklagte nur die einzige Entschuldigung, er habe mit seiner „Tüchtigkeit“ vor seinem Chef glänzen wollen und habe geglaubt, daß er die Aufträge später noch erhalten würde. Der Staatsanwalt billigte dem Angeklagten, weil er in vorgeschrittenem Alter auf die schlechte Ebene geraten sei, mildernde Umstände zu und beantragte ein Jahr sechs Monate Gefängnis. Das Urteil lautete auf ein Jahr Gefängnis.

Opfer zweier Kurpfuscher?

Naturheilkundige nach dem Tode einer Patientin verhaftet

Der Tod eines jungen Mädchens war die Veranlassung zur Verhaftung eines angeblichen Naturheilkundigen Professor Dr. Paul Bergel aus Friedenau und eines Dr. med. Berg aus der Birchowstraße.

Bergel, der seit mehreren Jahren in Friedenau wohnte, betreibt dort in der Roselstraße 1/2 ein „homöopathisches Institut Kaiserreich“. Mit ihm in Verbindung stand Berg, der für ein Naturheilkundigen, das ein anderer betreibt, seinen Namen und seinen Titel hergab, damit es besser aussieht und mehr Vertrauen erweckt. Bergel machte ständig viel von sich reden. Er betreibt umfangreiche Kellereien, auch durch das Kino. Seit November v. J. hatte er ein junges Mädchen als Sekretärin und Assistentin in seinen Diensten. Diese sah in der nächsten Zeit ihrer Nierentätigkeit entgegen. Sie wohnte früher auch bei Bergel, zog dann aber von ihm weg, nachdem es zu Zwist mit der Frau gekommen war. Der Professor schickte nun seine Assistentin vor ihrer Entbindung zu Dr. Berg. Im vergangenen Sonnabend komplizierte sich ihr Zustand derart, daß er sich keinen Rat mehr wußte. Das Mädchen wurde in eine Klinik gebracht, wo es in der Nacht darauf starb. Die Leiche wurde beschlagnahmt und obduziert. Dabei wurden als Todesursache unschöne Eingriffe festgestellt, die im Hinblick auf den vorgeschrittenen Zustand der Patientin gewissenslos vorgenommen worden sind. Da der Verdacht besteht, daß die beiden Naturheilkundigen noch ähnliche Vergehen auf dem Verbot haben, wurde zu ihrer Verhaftung geschritten. Auch die Berechtigung zu Führung ihres Dokortitels wird von der Polizei angezweifelt.

Beschleunigung des Straßenbahnverkehrs.

Nachdem die Straßenbahn bereits an verschiedenen Brennpunkten des Verkehrs, wie z. B. am Bülowplatz, am Spittelmarkt, an der Berliner Ecke Wilmersdorfer Straße und an der Schönhauser Allee Ecke Kastanienallee die elektrisch-automatische Weichenstellung eingeführt hat, soll das System auch auf weitere Stadtteile ausgedehnt werden. Demnach wird, wie wir erfahren, eine elektrisch-automatische Weiche in der Lauengienstraße an der Einmündung in den Kaiserin-Auguste-Viktoria-Platz eingebaut werden. Während die elektrische Weiche am Spittelmarkt infolge der sehr schwierigen Verkehrsverhältnisse vom Bürgersteig aus durch einen Beamten betätigt wird, erfolgt die elektrische Weichenstellung auf sämtlichen anderen Plätzen durch den Fahrer, der von seinem Fahrstand aus durch einfache Bedienung des Kontrollers die Weichenstellung vornimmt. Ein besonderer Kontakt ist jeweils in die Oberleitung eingebaut. Der Hauptvorzug der elektrischen Weichenstellung liegt darin, daß die Wagen bei Umstellung überhaupt nicht mehr zu halten brauchen; die Umschaltung erfolgt, während sich der Wagen noch in der Fahrt befindet. Auch das System am Spittelmarkt hat sich gut bewährt, da die Fahrer sich dort um die Weichenstellung überhaupt nicht zu kümmern brauchen. Die auch im Innern Berlins dringend notwendige Fahrbeschleunigung wird sich nur dann durchführen lassen, wenn so schnell wie möglich alle Weichen mit der elektrisch-automatischen Umstellung versehen werden.

Der verräterische Affe.

Große Beute an Wäsche machte kürzlich, wie wir mitteilen, eine Einbrecherbande in einem Geschäft in der Alexanderpassage. Bevor sie aufbrach, legte sie sich noch schlafen, nachdem sie einen aus dem Bureau herbeigeholten Wacker auf 2 Uhr gestellt hatte. Die Kriminalbeamten der Dienststelle B. 5, die sich mit der Aufklärung dieses Einbruchs beschäftigten, ermittelten, daß in jener Nacht ein junger Mann mit einem Affen ständig rund um den Häuserblock herumgegangen war. Das erregte ihren Verdacht. Sie fanden bald, daß der Verdächtige ein 21 Jahre alter Emil H. war, der in der Elisabethstraße wohnt und wegen seiner Affenliebe in der ganzen Nachbarschaft bekannt ist. Als sie ihm einen Besuch machen wollten, war er nicht zu Hause. Sein Affe aber, der an einer Kette lag, bekam bei ihrem Eintritt einen solchen Schreck, daß er zum offenen Fenster hinaussprang. Nur widerstrebend ließ er sich wieder in das Zimmer hineingehen. Von H. war keine Spur zu finden. Ein Absuchen des Häuserblocks aber hatte nach einer anderen Richtung ein gutes Ergebnis. Auf dem

Boden eines Hauses der Elisabethstraße fand man einen großen Teil der gestohlenen Wäsche wieder. Die Einbrecher, wahrscheinlich keine gewerbmäßigen, sondern junge Burschen wie H., hatten einen Verstoß erbrochen, ihre Beute dort versteckt und mit alten Matrasen und sonstigem Gerümpel zugedeckt. Der Rest ist noch verschwunden, das bestohlene Geschäft ist aber durch Versicherung gedeckt.

Automobilschwindel.

Der seriöse Käufer mit dem falschen Namen.

Die Aufdeckung der betrügerischen Automobilgeschäfte, über die wir berichteten, hat die Kriminalpolizei bei ihren Ermittlungen auf die Spur von Schiebgängen gebracht, die planmäßig und im großen betrieblich werden. Das Dunkel um die beteiligten Personen ist aber noch nicht gelichtet, der Gang dieser Schiebgänge spielt sich nach einem ziemlich feststehenden Schema ab.

Ein Geschäftsmann hat z. B. einen wirklich guten Wagen im Werte von 15 000 M. gekauft und darauf 7000 M. angezahlt. Er gerät in Schwierigkeiten und kann das Restkaufgeld von 8000 M. nicht mehr zahlen. Die 7000 M. sind verfallen. Der Verkäufer — nennen wir ihn „Müller“ — holt den Wagen zurück und stellt ihn zum Verkauf in irgendeinem Laden aus. Davon hört scheinbar zufällig ein Vermittler „Schulze“. Dieser sucht immer Leute aus, die durch ihre gesellschaftliche Stellung auf die Bahrung ihres Rufes besonders bedacht sein müssen. So ein Mann, er möge „Meier“ heißen, läßt sich überzeugen, daß er billig zu einem guten Auto kommen kann, denn „Schulze“ sei ein sehr anständiger Geschäftsmann, der den Wagen mit 8000 M. weitergeben wolle. Er — „Schulze“ — habe leider nur 5000 M., wenn nun Herr „Meier“ 3000 M. zulegen könne, so könne das Geschäft gemacht werden. Wollte Herr „Meier“ den Wagen nicht behalten, so könne man ihn bestimmt für 15 000 M. weiter verkaufen, es seien dabei also 7000 M. zu verdienen. Ein Kaufmann, den „Meier“ zur Vorsicht mitnimmt, stellt fest, daß der Wagen in der Tat den angegebenen Wert hat. So wird man denn bald einig, und „Schulze“ und „Meier“ zahlen das Geld. Dieser hat sich aber auf den Rat des Vermittlers nicht unter seinem richtigen Namen „Meier“, sondern unter dem Namen „Krüger“ eingeführt, denn „Schulze“ meinte, der Verkäufer brauche ja den Namen und die gesellschaftliche Stellung des Käufers gar nicht zu wissen. Gerade das gehört zum „Trick“. Wenn „Schulze“ und „Krüger-Meier“ den Wagen abholen wollen, so werden sie hingekehrt. Bei der Rückkehr aber schlägt er plötzlich einen anderen Ton an. Er behauptet jetzt, daß er mit „Schulze“ nichts mehr zu tun haben wolle, denn er habe soeben erfahren, daß er ein „Verbrecher“ sei. Ingleich bittet er „Krüger-Meier“, sich diese Beschuldigung von einer Anwaltschaft durch den Fernsprecher bestätigen zu lassen. Die „Anwaltschaft“ berichtet in der Tat, daß „Schulze“ wiederholt mit Zuchthaus bestraft sei, u. a. wegen Meineids mit drei Jahren. „Schulze“ wird sehr „verlegen“. Auch für den Käufer wird die Sache sehr peinlich, um so mehr, als „Müller“ ihm ins Gesicht sagt, mit ihm werde wohl auch nicht alles in Ordnung sein, weil er sich mit einem solchen „Verbrecher“ einlasse. Die Drohung, bei der Kriminalpolizei anfragen zu wollen, schreckt ihn schon deshalb, weil er ja einen falschen Namen geführt hat. Das ist für einen Mann in seiner Stellung immerhin unangenehm, wenn er sich auch nichts Böses dabei gedacht hat.

Das Ende der ganzen Veranstaltung ist, daß „Schulze“ die Tür sucht, „Meier-Krüger“ mit hinauszieht und ihn draußen verläßt. Der eingeschäderte Käufer verzichtet auf eine Anzeige und läßt seine 3000 M. im Stich. „Müller“, „Schulze“ und der Mann, der die „Anwaltschaft“ spielt, haben ihre 3000 M. verdient, und behalten immer noch den Wagen, mit dem sie den Trick beliebig oft wiederholen können. Etwa zwei Duzend Fälle dieser Art geht die Kriminalpolizei augenblicklich nach. Die Betroffenen, denen strengste Verschwiegenheit zugesichert wird, werden dringend gebeten, sich bei Kriminalkommissar Pollehl, Dienststelle F 8 im Postzweidienstgebäude in der Georgenkirchstr. 30a zu melden.

Wo sind die Automaten?

Um die Konkurrenz mit den billigeren Bahnerfahrsmitteln aufnehmen und die Fahrgäste in erhöhter Zahl dem Eisenbahnverkehr wieder zuführen zu können, beabsichtigt die Reichsbahndirektion Berlin, wie kürzlich bekannt wurde, eine Ermäßigung der Tariffsätze für einige Zonen zum Herbst dieses Jahres vorzunehmen. Zu den Vorarbeiten hierzu gehört auch eine Umarbeitung bzw. ein Austausch gewisser Fahrartenautomaten auf den einzelnen Bahnhöfen des Berliner Verkehrsnetzes. Diese Umstellung bewerkstelligt die Reichsbahndirektion nun so, daß sie die aufgestellten Fahrartenautomaten von den bisherigen Standorten einfach wegnimmt, unbekümmert darum, ob das Publikum dadurch Zeitverluste hat oder nicht. Uns gehen Mitteilungen darüber zu, daß z. B. auf dem Bahnhof Lichtenberg-Friedrichsfelde die Fahrartenautomaten im Zugang an der Wilhelmstraße seit einigen Tagen verschwunden sind, während aber gleichzeitig die Fahrartenhalter an demselben Zugang in den meisten Tagesstunden geschlossen bleiben. Das Publikum muß nun beim Fahrartenlösen um den ganzen Bahnhof herum zum Eingang Frankfurter Allee laufen. Wenn man berücksichtigt, daß der Berliner im allgemeinen so rechtzeitig zum Bahnhof kommt, daß er seinen Zug gerade noch erreicht, so bedeutet diese rigorose Maßnahme einen jedesmaligen Zeitverlust von etwa 20 Minuten. Solange Fahrartenautomaten nicht in Tätigkeit sind, sollten wenigstens die vorhandenen Fahrartenhalter besetzt werden.

Zuweisung von Ersatzwohnungen für Pfortner. In der letzten Sitzung der gemischten Kommission wurden wegen der Zuweisung von Ersatzwohnungen an Pfortner folgende Beschlüsse gefaßt: Die

Funkwinkel.

Das Heil liegt in Amerika. Dies ist ungefähr das Leitmotiv der Ausführungen Dr. Löwlers über Wirtschafts- und Arbeitsverhältnisse in Amerika. Unter Amerika nur die Vereinigten Staaten verstanden. Der Vortrag ist durchaus instruktiv. Beispielsweise klärt er den Hörer über amerikanische Aktiengesellschaften auf, deren Aktien sich durchschnittlich bis zu 60 Prozent in den Händen des kleinen Mannes befinden. Interessant sind auch die Mitteilungen über amerikanische Lohnverhältnisse. Umgerechnet auf die Kaufkraft des Dollars in Amerika erhält ein angelernter amerikanischer Arbeiter ungefähr so viel wie ein gelernter in Deutschland. Ob aber die individuelle Bezahlung des amerikanischen Arbeiters ein Plus ist, bleibt zweifelhaft. Auch die durch aus unpolitische Haltung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände ist ebenfalls noch nicht das Ideal, denn wenn auch augenblicklich die amerikanischen Unternehmer aus Konkurrenzverständnis den Lebensstandard des Arbeiters erhöhen wollen, so kann hier einmal eine schmerzliche Kenterung eintreten. Immerhin hält sich Löwler von entscheidender Stellungnahme frei. — Hermann Kasack behandelt in seinem ersten Vortrag über Raps die Dichterkunst des Raps, die sehr, sehr, sehr und Thomas Mann. Kasack gibt eine Charakteristik der Dichter, doch man vermisst bei diesem Vortrag die Notwendigkeit, ihn zu halten. Besonders da Kasack, sonst ein geistvoller Essayist und Analytiker, nicht über Binsenwahrheiten hinauskommt. Sehr schön das Abendkonzert „Doverström“ unter Sedler-Windler. Manchmal hätte die Auswahl besser sein können. Die französischen Ouvertüren gleichen sich im Aufbau vollkommen; sie sind allein auf den Publikumsespektakel hin ausgewählt, aber trotz dieser Bedenken ein unterhaltendes geschmackvolles Konzert von Riveau.

Verpflichtung der Gemeindebehörde zur Zuweisung von Ersatzwohnungen gemäß § 36 RchG. besteht auch dann, wenn die zu räumende Wohnung eine „Pfortnerwohnung“ ist. Das Wohnungsamt genügt dieser Verpflichtung sowohl durch Zuweisung einer reinen Mietwohnung als auch durch Zuweisung einer „Pfortnerwohnung“; eine Pfortnerwohnung, deren Erlangung außer von der Zustimmung des Wohnungsamtes vom Abschluß eines Dienstvertrages abhängt, kann jedoch nur dann zugewiesen werden, wenn der Dienstvertrag zwischen den Beteiligten vorher abgeschlossen worden ist. Das Wohnungsamt kann die Zustimmung des Vermittlers zum Wohnungsaustausch nicht deshalb allein versagen, weil der Tauschpartner an den ausziehenden Mieter eine Abstandssumme zahlt. Eine unbefugte Ueberlassung von Mietraum im Sinne des § 2 RchG. liegt nicht vor, wenn der Mieter bei Verheiratung eines bei ihm wohnenden Kindes dessen Ehegatten in seine Wohnung aufnimmt.

Todessturz vom Baugerüst. Ein folgenschwerer Unfall ereignete sich gestern nachmittag in der Stephanstraße 20 zu Moabit. An der Fassade des Hauses werden gegenwärtig Reparaturarbeiten vorgenommen, wozu ein größeres Baugerüst errichtet wurde. Beim Ueberklettern eines Verbindungsbockes trat der 21jährige Arbeiter Friedrich Henning aus der Fruchtschraube 7 plötzlich und stürzte aus der Höhe des ersten Stockwerks auf die Straße hinab. Der Verunglückte wurde mit einem doppelten Schädelbruch und mehreren Armbrüchen in das Roabiter Krankenhaus übergeführt, wo er kurze Zeit nach seiner Eintieferung an den Folgen seiner schweren Verletzungen starb.

Kindertreffen der weltlichen Schulen Berlins. Im Rahmen des Gewerkschaftsfestes am Sonntag, dem 28. August, veranstaltet der Bezirksverband Berlin des Bundes der freien Schulgemeinschaften ein Treffen der Kinder der weltlichen Schulen. Sammelplatz für Eltern und Kinder ist der kleine Spielplatz hinter dem Bahnhof Treptow zwischen Köpenicker Chaussee und Spree, wo sich um 12 Uhr der Zug formiert und zur großen Spielwiese in Treptow, auf der die Gewerkschaftsunternehmung stattfindet, zieht.

Feder in einer Pianofabrik. In der zehnten Abendstunde brach gestern in der in einem Hintergebäude gelegenen Pianofabrik von Schirnt, Neukölln, Anseebachstraße 50, ein Feuer aus. Auf die Weibung „Dritte Alarmstufe“ rüdten vier Wehren an, die nach dreiviertelstündiger Arbeit Herr der Lage waren. Das Feuer war infolgedessen schwer zu bekämpfen, als sich die Fabrik in einem Hintergebäude befindet. Größerer Sachschaden ist, soweit sich bis jetzt übersehen läßt, nicht entstanden, da die fertigen Klaviere im zweiten Stock der Fabrik lagerten.

Die Opfer von Chamonix.

Eine Familie aus Schlesien unter den Toten.

Genf, 26. August.

Die Nachricht, daß bei dem Unglück in Chamonix eine deutsche Familie ums Leben gekommen ist, hat sich bei den weiteren Nachforschungen leider bewahrheitet. Es handelt sich um Herrn und Frau Josephy aus Werderau (Kreis Bolkow) in Schlesien und deren Tochter. — Der deutsche Konsul Edel aus Lyon hat sich nach Chamonix begeben.

Genf, 26. August.

Nach den letzten noch 3 Uhr nachmittags in Chamonix eingezogenen Erkundigungen ist der größte Teil der 21 Todesopfer des Bergbahnunglücks französischer Nationalität. Die Identifizierung der Toten gestaltet sich schwierig, da die meisten nicht als Hotelgäste, sondern als Tagesausflügler nach Chamonix gekommen waren. In der provisorischen Totenliste befindet sich ein Herr Braun-Keller, dessen Wohnort und Staatsangehörigkeit aber nicht feststehen. Es wird in Chamonix angenommen, daß es sich um einen Deutschschweizer handelt. Auch in der Verletztenliste, die 27 Namen enthält, sind nur drei deutsche Namen: eine Frau Bachmann und eine Frau Meyer, ebenfalls ohne Angabe des Wohnortes und der Staatsangehörigkeit, außerdem ein Herr Braun aus Straßburg.

Da auch heute nacht der Schneesturm andauerte und die Unfallstelle im Schnee vergraben ist, begegnet die Bergung der weiteren Opfer den größten Schwierigkeiten. Die bereits eingeleitete Untersuchung über die Ursache der Katastrophe scheint schon jetzt zu ergeben, daß es sich dabei um ein Versehen seitens des Lokomotivführers handeln dürfte, der bei der überstürzten Abfahrt des überfüllten Zuges zu schnell vorging, um ein ordnungsmäßiges Ineinandergreifen der Zahnräder zu ermöglichen. Die Steigung bei der Unfallstelle war 23 Prozent. Ein Teil der Mauer, die die Bahngleise vom Abgrund trennen, ist mitgerissen worden. Der Schaffner Brubarrg des zweiten Wagens, der durch seine Geflügsgegenwart über 60 Passagiere vom sicheren Tode gerettet hat, wurde vom Bürgermeister für sein mutiges Verhalten sofort für die Ehrenlegion vorgeschlagen. Der Schaffner H., nachdem der erste allgemeine Schreck überwunden war, von den sich gerettet fühlenden Reisenden geradezu mit Dankbarkeitshandlungen überschüttet worden. In ganz Chamonix herrscht die größte Aufregung. Während dort der Schneesturm auch jetzt noch andauert, ist die ganze Umgebung in einen stürmischen Regen gehüllt.

Schweres Unglück bei Sprengungsarbeiten.

Frankfurt am Main, 26. August.

In dem Taunusbadeort Schwalbach ereignete sich gestern mittag bei Straßenarbeiten, die das Ab Sprengen von Felsen erforderlich machten, ein schweres Unglück. Aus bisher noch unbekannter Ursache löste sich ein Sprengschuß zu früh. Gewaltige Felsstücke stürzten auf die Arbeiter und begruben fünf Leute. Zwei der Verunglückten konnten nur noch als Leichen geborgen werden, während die übrigen drei schwere Verletzungen erlitten.

Republikanische Feierstunde.

Für die anlässlich der Herbstmesse in Leipzig weilenden Reichsbannermitglieder veranstaltet das Leipziger Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold am Dienstag, dem 30. August 1927, im Festsaal des Volkshauses, Leipzig, Jäger Str. 22, eine republikanische Feierstunde. Die Reichsbannerkapelle Leipzig und erste Künstler werden mitwirken. Zu dieser Veranstaltung haben alle republikanisch gesinnten Kreise Zutritt. Auswärtige Messbesucher sind willkommen. Anfragen sind an die Geschäftsstelle Leipzig E 1, Gellertstr. 7/9, zu richten.

Briefkasten der Redaktion.

E. G. Die Wartezeit dauert 200 Beitragsmonate. — F. G. M. 1. Reiz. 2. Ja. 3. Gefängnis über Gellertstr. — G. G. M. Reiz.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin und Umgegend (Wetterber.) Wetterbericht demütigt mit dem einsetzenden Regenschauer. Wetterber. ist für die Norddeutschen. — Für Deutschland: Am Morgen wolkig bis heiter, in Norddeutschland veränderlich, nur im Osten noch länger anhaltende Regenfälle. Temperaturen allgemein wenig verändert.

Bei Sonnenbrand Creme Leoder ist ein vorzügliches Heilmittel gegen Sonnenbrand. Brennen der Haut, wirkt kühlend und reizmildernd, gleichzeitige Linderung von heftigem Juckreiz, weder fettend noch klebend. Tube 60 Pfg. und 1.-M. Probieren Sie es in allen Chlorodont-Verkaufsstellen.

Kindheit.

Von Dippy Dymov.

Die goldene Zeit, die Pforte des Daseins, die Kindheit bleibt uns fürs ganze Leben im Gedächtnis. Die Eindrücke der Kindheit sind das Fundament unserer Existenz; der Charakter jedes Menschen formt sich in den Tagen der goldenen Kindheit. In diesen glücklichen Jahren wird unser Glück geschmiebet oder unser Unglück — das, was uns später im Leben bevorzucht.

Die Kindheit der Armen ist eine ganz besondere Kindheit. Der Garten, in dem das Kind des Armen spielt, ist ein fremder Garten, der Fluß, in dem es badet, ein fremder Fluß. Selten tummelt es sich auf eigenem väterlichen Boden; nicht oft nähren die gleichen Säfte der Erde den Sohn des Bauern und die Wehren seines Weizens. Ein Kind hat Gefühl für die Wurzeln, für den Boden unter sich.

Das Kind des Armen in der Stadt merkt bald, daß es eigentlich fremd bleibt, wie ein Zuwanderer. Das riesige Feld, das es so lieb gewonnen hat, wird nie das seine werden. Das Gestirne des Dnepr, an dem es aufgewachsen ist, bleibt ihm fremd. Fremd bleiben ihm die Steppen und die schwermütigen Wälder. Ja, die ganze Erde gehört ihm, der ganze unumschreibbare Erdball — nur gerade das Stückchen Erde nicht, auf dem es geboren ward, das seinem Herzen teuer ist.

Sehr bald bahrt sich ins Hirn des Proletariatssohnes ein neuer Begriff: — Amerika! Nicht das Amerika der Rothhäute, der Streit-ärzte und abenteuerlichen Heldentaten, sondern jenes ferne Amerika, wohnen der Bruder der Mutter ausgewandert ist, der Bruder des Vaters, die verwitwete unsere Schwester, und mancher andere. In der armen wehrlosen Familie ist es schon feste Regel, daß ein Mitglied wenigstens nach Amerika gehen muß. Der Leib des Vorgesetzten ist in zwei Teile zerrissen: den einen am Reman, in den Sümpfen des Polesje, in den kleinen Restern Wehrlands — und den anderen drüben, jenseits des fernen, unheimlichen Ozeans. So zerrissen und gespalten ist die Familie. Das Kind beobachtet und lauscht. Neue überraschende Eindrücke prägen sich seiner Seele ein.

So lebte in seiner Familie Onkel Archip, der Bruder der Mutter. Er ging gebeugt, fragte nie, sprach nur wenig und verdiente nicht mehr als zwei Rubel die Woche. Er hatte die Kinder sehr lieb, seine beiden Neffen, steckte ihnen manchmal, heimlich vor seiner Schwester, Leckerbissen zu, und die Kinder hingen auch an ihm. Und da plötzlich — fuhr Onkel Archip nach Amerika! Reiste ab — und war wie gestorben! Am Tage vor seiner Abreise versammelten sich alle Verwandten — und weinten. Die Mutter — das heißt also Onkel Archips Schwester — weinte auch. Es kam dabei heraus, daß alle Nachbarn Bekannte oder Verwandte in dem felsamen, fernen Amerika hatten. Der einäugige Schneider Piotr hatte vier Brüder drüben, Anna Matwejewna zwei Söhne, eine Tante und fünf Russinen. Jwan Godynskij, der früher dem Schneider geholfen hatte, nach dem Verluste eines Auges aber Uhrmacher geworden war, hatte in Amerika drei Söhne. Vielleicht gar vier, er wußte selbst nicht recht. Sie alle und noch viele andere studierten dem abreisenden Archip Briefe zu, mit unverständlichen Adressen in einer felsamen, fremden Sprache, von der man nur wußte, daß man nicht so spricht wie man schreibt. Unter Geheul und Gesammer baten Nachbarn und Nachbarinnen den Onkel Archip, er möchte von ihnen allen, die hier blieben, drüben heiße Grüße bestellen — und, wenn möglich, sollten die drüben doch mal Geld schicken. . . .

Das war ein demütiger Log im Leben des Kindes — der Tag, an dem man dem guten Onkel Archip das Geleit gab nach Amerika.

So also verschwand Onkel Archip aus dem Leben — entschwand für lange, für Jahre und Jahre. Er war nicht gestorben. Aber er lebte auch nicht mehr: er war eben in Amerika.

„In Amerika sein“ — das ist gewissermaßen ein besonderer körperlicher Zustand, ein Mittelstadium zwischen Leben und Tod.

Onkel Archip verwandelte sich in eine Legende, wurde zu einem fernen Märchen. Manchmal kam ein Brief von dem „Märchen“, manchmal auch ein wenig Geld. Dann hörte allmählich alles auf. Die Legende starb. Sie lebte nur noch im Hirn, in einer ganz fernen Ecke des Hirns.

Wenn wir mit dreißig Jahren, mit Frau und Kindern nach Amerika kommen, finden wir drüben unsere Kindheit wieder.

Die ferne Kindheit, die schon vergessen war im alten Europa. Die graue Kindheit des Armen lebt wieder auf, steigt aus dem Grabe und steht plötzlich vor unseren Augen.

In Amerika trifft der neue Ankömmling Menschen, die er längst vergessen hat — von denen er nur gehört hat in nebelhafter Kindheit. Er drückt Verwandten die Hand, die längst aus der Familie verschwunden sind: dem Bruder der Mutter, dem Bruder des Vaters, die vermittelte ältere Schwester. . . .

Hallo! Da ist ja auch Onkel Archip! Mein Gott! Wie grau er gemordet ist! Wie er hustet! Die „Legende“ handelt mit Würst, Sardinen und Kaugummi. Die Legende schaut einen mit müden, gequälten Augen an, fragt, wie es der Mutter geht und meint leise: D, du meine Heimat! . . .

Einer nach dem anderen tauchen als Schatten der Kindheit auf. In Zimmern, kein wie Käse, trifft du die vier Brüder des Schneiders Piotr, die beiden Söhne von Anna Matwejewna und ihre Russinen, die Söhne Jwan Godynskijs, der früher dem Schneider geholfen hat und nach dem Verlust eines Auges Uhrmacher geworden ist. Anna Matwejewnas Tante ist tot. Einer von Godynskijs Söhnen ist auch gestorben. Der Bruder des Schneiders Piotr hat zum zweiten Male geheiratet und betreibt jetzt einen großen Obsthandel. Das heißt, nicht sehr groß, aber er hat zu leben. . . .

Unmöglich tauchen, aus den Eingeweiden von New York oder Chicago oder Detroit, immer mehr Menschen auf, sozusagen Schatten von Schatten, von denen man nie etwas gehört hat. Aber sie haben deinen Onkel erkannt oder deine Großmutter. Oder die Tante Stofia, die mit deiner Großmutter befreundet war. Das heißt, sie haben sie eigentlich nicht selbst erkannt, sie haben nur von einem Landsmann oder Genossen von ihr gehört, oder nicht vom Genossen selbst, sondern nur vom Vetter des Genossen — nicht dem, der in Kohlengruben vernagelt ist, sondern dem anderen, der sich so schrecklich dem Trunk ergeben hat und dessen Sohn in der Stahlgießerei arbeitet. . . .

An einem trüben Regentage wird man telephonisch angerufen. Eine unbekannte weibliche Stimme spricht:

„Man hat mich gebeten, Sie zu benachrichtigen, daß Ihr Onkel Archip gestern im Hospital verstorben ist. Morgen wird er beerdigt.“

Zu der Beerdigung erscheinen alle Verwandten, und alle Verwandten der Verwandten. Man spricht von dem Verstorbenen, man redet über die hohen Kartellpreise. Man macht Bekanntschaft mit den Landsleuten. Einer von ihnen spricht nur englisch und

trägt einen goldenen Kneifer. Er gilt für ungeheuer gebildet — er ist nämlich Zahnarzt.

Zwischen den feuchten Gräbern erhebt sich rasch ein neuer Hügel. Hier wird der gute Onkel Archip den ewigen Schlaf schlafen. Ewig — das heißt etwa 80 Jahre. Dann wird der Friedhof verkauft, von menschlichen Knochen und Grabsteinen gesäubert, und eine neue Linie der elektrischen Bahn wird darüber hinweggehen. Ober es wird ein Lawn-Tennisplatz daraus gemacht.

Der heisere Geistliche hat sein Gebet gesprochen. Jemand sagt mit einem Seufzer nicht: Amen! sondern Of course. . . .

Die Frauen haben sich satt geweint und beruhigen sich allmählich wieder.

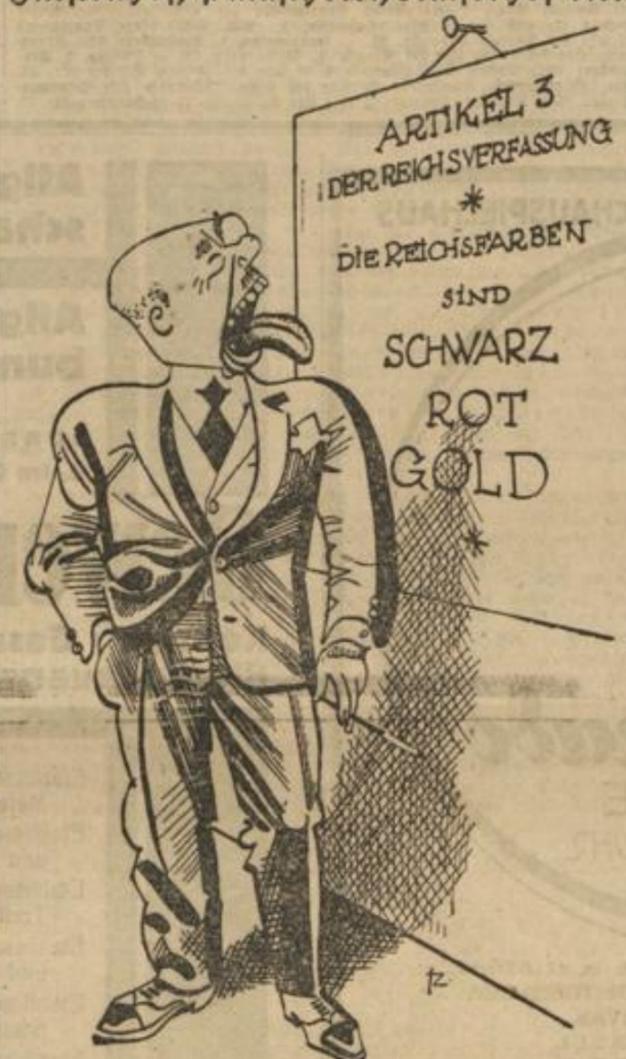
Der ungeheuer gebildete Mann, der Zahnarzt mit dem Kneifer, tritt zu dir und bemerkt:

„Very nice funeral. How do you like it?“

Die „Legende“ ist tot. Man hat die Legende begraben. Die Kindheit ist zu Ende, ihre Schatten sind geschwunden. . . .

Kaltes, finsternes Leben ist angebrochen — das Leben des eisernen Amerika. (Deutsch von Erich Borchme.)

Zürstehof, Palasthotel, Kaiserhof etc.



Kellner sind Leute mit guten Manieren. Bestimmten Hoteldirektoren müssen sie erst beigebracht werden!

Besser als die Weissen.

Von Sil.

1793 erschien das Gedicht Seumes „Der Wilde“, den viel zitierten Satz enthaltend: „Wir Wilden sind doch bessere Menschen.“ Eine alte Wahrheit also, die aber immer noch gilt, soweit die sogenannten Wilden nicht durch das erhabende Beispiel der „Zivilisierten“ aller Nationen um ihre guten Eigenschaften gebracht wurden. So können wir heute noch aus der Debatte lernen, die am 20. Juni 1830 im Parlament von Otaheiti auf den Gesellschaften in sein im Stillen Ozean über die Strafe des Mordmordes geführt wurde. Der äußere Anblick dieser Parlaments Sitzung ist zwar höchst sonderbar. 120 Personen saßen, aber doch in einzelne Kleidungsstücke von Europäern gehüllt oder in leberzügen von Rattun gefelleidet, die Kleinsten besaßen von Frauen- oder Straußenfedern, die vom Kopf herabhängten, sitzen beieinander und blickten durch den Ernst und stolzen Anstand, der mit der Vermittlung ihrer Bekleidung so sehr kontrastiert, ein sonderbares Bild dar. Aber die Ausdrücke der otaheitischen Redner sind stets einfach und frei. Man möchte behaupten, daß keine politische Versammlung in Europa ihre Zeit weniger auf unnütze Erörterungen verwendet und so genau die Regeln der Schlichtheit beobachtet, wie die Senatoren von Otaheiti.

Die Versammlung wird durch einen Greis eröffnet, der bekanntgibt, daß in der heutigen Debatte die Frage entschieden werden solle, ob der Mordmörder zum Tode oder zu lebenslänglicher Verbannung zu verurteilt sei. Der erste Redner meint, die englischen Gesetze, aus denen sie so viel Gutes gelernt hätten, müßten gut sein. Da diese Gesetze den Mordmörder mit dem Tode strafen, könne das, was in England ausgeübt werde, auch bei ihnen sehr gut sein. Der nächste Redner hält ihm entgegen, daß die englischen Gesetze allerdings gut sein könnten für den Stand ihrer Zivilisation, für sie seien diese Vorschriften zu grausam, das Evangelium allein sei der Führer. Der folgende Sprecher zitiert nun aus der Bibel den Satz: „Wer das Blut eines Menschen vergießt, soll auch das seine verlieren“ und stimmt deshalb für die Todesstrafe.

Seine Ausführungen machen starken Eindruck auf die Versammlung, nach stärker werden die Gründe, die Last, eine wichtige Sitzung des Staates und einer der talentvollsten Räte der Krone, für die Abschaffung der Todesstrafe anführt: „Es ist zwar richtig, daß die Bibel unsere beste und sicherste Führerin ist, aber man muß den Sinn der Worte verstehen. Wenn wir uns an den Buchstaben des Gesetzes halten, so geraten wir unvermeidlich auf falsche Wege. Höret mir gut! Ich bin Richter, es wird ein Mensch zu mir gebracht,

von dem es erwiesen ist, daß er einen Mord begangen. Ich befehle, daß man ihn hinrichte. Ich bin es nun, der sein Blut vergießen macht, muß man also auch mich zum Tode verdammen? Ihr fühlt es, daß eine solche Auslegung barbarisch und ganz unzulässig ist, sie kann in dem Geiste dieser Worte nicht enthalten sein. Uebrigens sind ja mehrere Vorschriften des alten Bundes durch Christus geändert, beschränkt und erklärt worden, ist es nicht möglich, daß auch diese darunter ist? Ich finde im neuen Testament, wo unsere Religion stets Sanftmut und Liebe empfiehlt, einen direkten Beleg für die Aufhebung des Gesetzes und stimme somit für die Aufhebung der Todesstrafe.“

Der letzte Redner bringt die Entscheidung. Vati, der Richter von Timeo und oberster Priester von Ora, der erste, der mit Gefahr seines Lebens die Abgötterei abgeschworen hatte, wird von dem ältesten seiner 14 Söhne auf die Tribüne geführt: „Erheben wir uns zum Geiste unserer Religion und wir finden, daß sie uns in allen Dingen Liebe zu unseren Nächsten empfiehlt. Fahren wir nun fort, den Mordmörder mit dem Tode zu bestrafen, mit einem Leben zu verfügen, daß nicht uns gehört, so sind wir ja Abgötter, im Gegensatz zu unserer wahren Religion. Hört mich! Ich sage nicht, daß man den Verbrecher ungestraft lassen müsse; man bewahre ihn außer der Gesellschaft. Welt von uns muß der sein, der so wenig Reicht seiner selbst war, um ein so großes Verbrechen zu begehen. Die Pflicht der Vorgesetzten einer Nation besteht in der Abstrafung der Verbrecher und in der Verhinderung, daß das böse Beispiel, das er gegeben, sich nicht fortpflanze. Wenn gemeint wird, daß die englischen Gesetze den Mörder mit dem Tode bestrafen, und daß wir ohne Gefahr diese Gesetze auch für unser Volk annehmen können, wird vergessen, daß in England manche Menschen große Reichtümer, schöne Kleider, Kostbarkeiten, Häuser, teure Tiere besitzen, das man den größten Teil seines Lebens anwendet, um sich solche Güter zu verschaffen, und daß der andere, der dies rauben will, tausend Wege einschlägt, tausend Mittel versucht, die den Untergang des Schloßtopfers nach sich ziehen. Bei uns ist es etwas ganz anderes. Keiner begeht einen Mord, um das Rann, den Pfeil, den Bogen, die Angel seines Nachbarn zu erhalten oder, um ihm sein Haus oder seine Bananen zu rauben; diese Dinge hat jeder. Aus ganz anderen Ursachen mordet ein Bewohner von Otaheiti. Meistens ist es eine Folge von Streitigkeiten, oft die Sättigung eines eingewurzelt Hasses oder die Begierde, aus persönlicher Leidenschaft Rache zu üben. Diese Leidenschaften sind zu heftig, als die Furcht vor Todesstrafe jene abhalten könnte, die sich von ihnen hinreißen lassen. Ich meine daher, der Mörder sei auf immer von seinem Weibe und seinen Kindern abzulösen, man müsse ihn auf jene entfernten Inseln bringen, wo der Fischfang schwieriger ist, wo die Erde nur mühsam bebaut werden kann. Dort kann er wenigstens kein neues Verbrechen begehen. Denkt ihr, daß der Gedanke an dieses Alleinsein nicht mehr vermögend sein wird, seine Hand von einem Menschenmorde zurückzuhalten, als jener an einen schnellen Tod, zu dem er sich notwendig entschließen muß, da er ihn vom Nachschmerz des Gesetzes empfängt?“ Nach dem der Redner noch ausführlich das Leben eines solchen Verbannten geschildert hat, schließt er: „Ich glaube mir, diese Bestrafung wird die besten Erfolge haben und alle Welt wird euch loben, sie angenommen zu haben.“

Der Redner wird allgemein beglückwünscht, der Präsident läßt abstimmen und mit 88 gegen 7 Stimmen bei 5 Stimmenthaltungen wird die Todesstrafe abgeschafft. — Nämlich von den Wilden in Otaheiti im Jahre 1830, wie uns die Annalen der deutschen und ausländischen Kriminalrechtspflege, Berlin 1833, berichten. — Aber bei den zivilisierten Deutschen besteht die Todesstrafe noch, und der neue Strafgesetzentwurf läßt sie weiter bestehen. Und in Otaheiti, dessen Verfallung die Todesstrafe abgeschafft hat, verlangen die Reaktionäre aller Schattierungen, die Morgenluft zu wittern glauben, die Wiedereinführung der Todesstrafe. Wie tief stehen diese „Kulturmenschen“ unter den Wilden Polynesiers! Wieviel könnten sie von den fortschrittlichen Gedanken dieser unpolitisierten Farbigen auf dem Gebiet der Strafrechtspflege lernen. Nur die an eine neue Gesellschaft glauben, an ihr arbeiten, die Diener des Sozialismus, werden in der Frage der Todesstrafe und in allen anderen Fragen, die zwischen Vergangenheitsnechten und Zukunftstrotzen strittig sind, zur rechten Menschlichkeit der wahrhaft Guten gelangen. Erst dann werden die Wilden nicht mehr die besseren Menschen sein.

Eine preussische Ehescheidungsstatistik. Das preussische Statistische Jahrbuch veröffentlicht eine Uebersicht über die Ehescheidungen in Preußen, und zwar unter besonderer Berücksichtigung der Ehescheidungsgründe. Nach dieser Statistik wurden im Jahre 1913 11 162 Ehen geschieden. Das war der höchste Stand, der in der Vorkriegszeit erreicht wurde. Während des Krieges verminderten sich dann die Ehescheidungen sehr erheblich. Sie betrugen im Jahre 1915: 6942, 1916: 6400, 1917: 7410, 1918: 8519. Im Jahre 1919 wuchsen die Ehescheidungen auf 13 352 wieder an, um im Jahre 1920 sprunghaft auf 22 543 zu steigen. Im Jahre 1921 erreichten die Ehescheidungen ihren Höhepunkt mit 25 160 Fällen. Danach verminderten sie sich wieder etwas. Im Jahre 1924 wurde noch einmal eine neue Steigerung mit 23 251 Ehescheidungsfällen festgestellt. Im Jahre 1925 betrugen die Ehescheidungen in Preußen 22 721.

Bemerkenswert ist das Schuldverhältnis zwischen Männern und Frauen. Im Jahre 1913 wurden 8416 Männer und 4998 Frauen als der schuldige Teil erkannt. Im Jahre 1915 hatte sich dieses Verhältnis aber schon sehr wesentlich geändert. Neben 4972 Männern wurden 3393 Frauen als der schuldige Teil erkannt. Im Jahre 1916 wurden 4117 Männer und 3622 Frauen für schuldig erklärt. Von 1917 an bis zum Jahre 1920 änderte sich das Verhältnis, indem in diesen Jahren durchweg mehr Frauen als Männer für den schuldigen Teil erklärt wurden. Im einzelnen wurden 1917 4891 Frauen und 4142 Männer, 1918 5737 Frauen und 4578 Männer, 1919 8607 Frauen und 7552 Männer, im Jahre 1920 14 042 Frauen und 13 971 Männer für schuldig erklärt. Vom Jahre 1921 an trat eine neue Veränderung ein, und zwar wurden im Verhältnis der Ehescheidungen nun wieder mehr Männer als Frauen für schuldig erklärt. Im Jahre 1925 waren 18 593 Männer und 10 899 Frauen der schuldige Teil.

55 000 Zigaretten per Stunde. In tropischen Ländern, und besonders in den Heimatgebieten des Tabaks, drängen sich die Raucher, vor allem die Eingeborenen, ihre Zigaretten und Zigaretten selbst. Früher war das auch in einer ganzen Anzahl europäischer Länder Mode. Aber bei der heute weit vorgeschrittenen Technik ist dieser Modus wohl überflüssig geworden. Die Maschine arbeitet die Zigaretten so tadellos, daß der Handwerker nicht mehr mitkommt. Tatsache ist, daß von einer Zigarettenmaschine bis zu 55 000 Zigaretten per Stunde hergestellt werden.

Bei dem Verfahren fällt der Tabak in ein Zufuhrrohr und schließlich aus dem Rohr in ununterbrochener Folge auf einen in Bewegung befindlichen breiten Papierstreifen, der den Tabak fortführt, und dann sich maskinell um den Tabak wickelt, so daß schließlich reihenweise lange Zigaretten in der Länge der Papierbreite entstehen. Diese langen Zigaretten werden durch eine Schnittmaschine automatisch in Zigaretten der gewöhnlichen Länge zer schnitten, und jede Zigarette trägt ihre Marke sowie die Firma im Druck. So werden große Mengen von Zigaretten in fast unglaublich kurzer Zeit hergestellt.

Bei der Zigarettenfabrikation benutzt man übrigens heute eine Maschine mit sogenanntem „elektrischen Auge“, das die Zigaretten nach ihrer Färbung sortiert. A. G.

Autosteuer und Automarkt.

Die Zukunft der Automobilsteuer.

Die deutsche Automobilindustrie hat unzweifelhaft in den letzten Jahren eine erfreuliche Entwicklung durchgemacht. Die Zahl der Fabriken ist zurückgegangen und mit ihr aber auch die unrationelle Mannigfaltigkeit der Produktion. Moderne Arbeitsmethoden fanden Eingang in die Industrie und langsam vollzog sich auch eine grundsätzliche Umstellung der Produktion auf das Ziel des möglichst billigen, kleineren Personenzugens, um so an immer größere Käuferkreise heranzukommen. Zweifellos ist dieser Fortschritt zu einem großen Teil der Tatsache zu danken, daß die deutsche Zollgesetzgebung im Fall des Automobils zum ersten Male mit dem Grundsatz des sogenannten Erziehungszolls Ernst gemacht hat. Alle halben Jahre hat sich der Automobilszoll automatisch gesenkt. Die wachsende Konkurrenz des ausländischen Automobils zwang so die deutsche Industrie, sich in Preisstellung und Ausstattung der Wagen möglichst weitgehend den Bedürfnissen des Käuferpublikums anzupassen. Trotz des Wachstums der ausländischen Konkurrenz gelang es der Industrie, ihren Anteil an der Versorgung des deutschen Automobilmarktes verhältnismäßig niedrig zu halten. Die ausländische Automobilschlange deutet wahrscheinlich noch nicht einmal den jährlichen Bedarf Deutschlands, der sich aus der Außerdienststellung unbrauchbar gewordener älterer Wagen ergibt.

Der Abbau der Automobilszölle endet am 1. Juli 1928. Dann tritt ein endgültiger Schutzoll in Kraft, der zwar in seiner Höhe hinter den sonst in Europa vielfach üblichen Zöllen zurückbleibt, aber der Industrie immer noch einen erheblichen Schutz gewährt. Außerdem aber genießt die deutsche Automobilindustrie einen besonderen Schutz durch die

Gestaltung der deutschen Kraftfahrzeugsteuer.

Der in der Diskussion über die Automobilszölle meistens übersehen wird. Die deutsche Automobilsteuer wird bei Personenzugens und Motorrädern auf Grund einer Steuerformel erhoben, die auf die vor 20 Jahren üblichen Automobilkonstruktionen zugeschnitten ist. Inzwischen hat sich die deutsche Industrie dieser Steuerformel angepaßt, d. h. Wagen gebaut, die einem möglichst niedrigen Steuerfuß unterliegen, so daß heute die Besteuerung des Automobils der technischen Konstruktion nicht mehr entspricht. Die Automobilsteuer hat erzieherisch gewirkt, aber diese Erziehung hat ihre Schattenseiten gehabt. Die deutschen Wagen wurden im Verhältnis zu ähnlichen ausländischen Erzeugnissen verhältnismäßig schwer gebaut, und ihre Motoren in einer besondern Weise konstruiert, die natürlich den Export ins Ausland erschwerete. Da die ausländischen Wagen natürlich nicht mit Rücksicht auf die deutschen Steuerverhältnisse konstruiert sind, unterliegen sie in Deutschland meistens einer vergleichsweise höheren Besteuerung als die deutschen. Der Vorzug, den sie in preislicher und qualitätsmäßiger Beziehung vor den deutschen Wagen vielleicht haben, wird also dadurch ausgeglichen, daß ihr Besitz kostspieliger ist als der deutscher Wagen.

Die Steuer wirkt also als ein zusätzlicher Schutzoll.

Diese Automobilsteuer soll nun zum 31. Dezember d. J. eine Preuregelung erfahren. Daß sie bis dahin zustandekommt, ist so gut wie ausgeschlossen; vielmehr darf man wohl zunächst mit einer Verlängerung der geltenden Steuerregelung rechnen. In absehbarer Zeit wird aber ein neues Steuergesetz geschaffen werden müssen, und der Streit um die hierbei anzunehmenden Grundzüge hat bereits begonnen. Dieser Streit dreht sich heute im wesentlichen noch um zwei Fragen, um die absolute Steuerhöhe und um die künftige Steuerformel.

Die notwendige Steuerentlastung.

Was zunächst den Streit um die Höhe der Steuer betrifft, so hat der Reichsverband der Automobilindustrie eine möglichst baldige erhebliche Senkung der Steuer befürwortet. Tatsächlich sind die Sätze der deutschen Automobilsteuer verhältnismäßig sehr hoch; teilweise liegen sie noch über den englischen, die allgemein als übermäßig angesehen werden. Auch der Ertrag der Steuer ist in solchem Ausmaß begriffen. Er brachte im

Rechnungsjahr	Millionen Mark
1924/25	51,6
1925/26	58,4
1926/27	105,1

Die starke Steigerung im Rechnungsjahr 1926/27 ist zu einem großen Teil auf die erhebliche Höhe der Steuerhöhe des Jahres vom 15. Juni 1926 zurückzuführen. Für das Finanzjahr 1926/27 ist ein Ertrag der Steuer von 130 Mill. vorgegeben, und die ersten vier Monate dieses Finanzjahres brachten bereits ein Einkommen von über 63 Mill., so daß wohl damit gerechnet werden darf, daß der Ertrag über den Vorschlag hinausgehen wird. Bei den Erörterungen des Reichswirtschaftsrats über die Kraftfahrzeugsteuerreform von 1926 hielt man

es für angemessen, die Kosten von Begehung und Straßenerneuerung und -unterhaltung zu einem Drittel aus dem Steuereinkommen zu decken. Die Kosten selbst wurden auf 450 Mill. jährlich veranschlagt, als Beitrag aus der Kraftfahrzeugsteuer also 150 Mill. für erforderlich gehalten. Wie unsere Aufstellung zeigt, ist damit zu rechnen, daß spätestens im Finanzjahr 1928/1929 dieses Einkommen von 150 Mill. Mark erreicht wird. Angesichts der Höhe der Steuerhöhe wird man es also grundsätzlich für richtig halten können, daß spätestens von 1929 ab ein allmählicher Abbau der Steuer vorgenommen wird, der freilich den Steuerertrag nicht unter die Grenze von 150 Mill. sinken lassen darf.

Die neue Steuerformel.

Schwieriger steht es mit der Frage der künftigen Steuerformel. Grundsätzlich sind sich inzwischen alle Beteiligten darüber einig geworden, daß die jetzige Steuerformel durch eine andere ersetzt werden muß. Der Reichsverband der Deutschen Automobilindustrie und mit ihm die offenbar von seinen Gedankengängen stark beeinflusste Berliner Handelskammer halten es für richtig, zunächst eine neue Steuerformel aufzubauen, die grundsätzlich zu den gleichen „erzieherischen“ Wirkungen und der gleichen Benachteiligung des ausländischen Wagens führen müßte wie die heutige Steuer. Sie wollen das Hubvolumen als Steuergrundlage wählen. Dadurch würde weiterhin das Ziel des deutschen Automobilindustriekonstrukturs auf die Erzeugung von Hochleistungsmotoren mit relativ geringem Zylinderinhalt und hoher Umdrehungszahl gerichtet werden. Das Gewicht der deutschen Wagen würde hierbei auch weiterhin vernachlässigt werden, obwohl das Gewicht des Automobils „alle Verlustposten in der Energiebilanz steigert, in bestimmter Relation zu seiner Höhe einen Mehrbedarf an Antriebskraft für die Erreichung bestimmter Fahrleistungen fordert, und, angefangen vom erforderlichen Materialaufwand für das Fahrzeug, über Bearbeitung und Fabrikation bis zum eigentlichen Betrieb des Fahrzeuges selbst alle diese Einzelaktoren technisch und wirtschaftlich am ungünstigsten beeinflusst.“ (Zitat aus der Denkschrift des Reichsverbandes der Automobilindustrie.) Zwar nicht aus Gründen des Schutzes gegenüber der Auslandskonkurrenz, die meistens mit leichteren Wagen an den Markt kommt, wohl aber aus erzieherischen Gründen erscheint demnach die Gewichtbesteuerung rationeller als die vom Reichsverband der Automobilindustrie und der Berliner Handelskammer für die nächste Zeit vorgeschlagene Hubvolumenbesteuerung.

Das hat auch der Reichswirtschaftsrat in seinem Gutachten zur Frage der künftigen Kraftfahrzeugsteuer dadurch zum Ausdruck gebracht, daß er vorschlug, die neue Besteuerung zur Hälfte auf der Basis des Hubvolumens, zur Hälfte auf der des Gewichtes vorzunehmen. Dadurch sollte der Steuermaßstab „neutralisiert“, d. h. für den Konstrukteur kein einseitiger Anreiz geschaffen werden, die Wagen einer bestimmten Besteuerungswiese anzupassen. Diese neue Besteuerung sollte am 1. Oktober 1928 in Kraft treten. Grundsätzlich hat sich auch die Berliner Handelskammer diesem Vorschlag angeschlossen, nur will sie das Gewicht erst ab 31. Dezember 1929, also 1 1/2 Jahr später als der Reichswirtschaftsrat, in der Steuerformel berücksichtigen.

Betrachtet man die Berücksichtigung des Gewichtes in der Steuerformel als eine weitere handelspolitische Maßnahme erzieherischen Charakters, ähnlich dem periodischen Abbau der Automobilszölle, so erscheint vielleicht der 31. Dezember 1928 als bester Termin für eine Steuer, die Gewicht und Hubvolumen gleichmäßig als Steuergrundlage berücksichtigt. Damit würde der bisher alle halbe Jahr erfolgende Zollabbau, der am 1. Juli 1928 endet, nach einem weiteren halben Jahre seine logische Fortsetzung finden. Als Uebergangsmäßnahme kann man dann auch die Beibehaltung des Hubvolumens als Steuergrundlage für die erste Zeit befürworten. Grundsätzlich erscheint aber aus den vom Reichsverband der Automobilindustrie gegen seine eigene Auffassung angeführten technischen und wirtschaftlichen Gründen der Abbau dieser Hälfte der Steuer wünschenswert. Wie wir bereits ausführten, erscheint ein Abbau der Automobilsteuer ab 1929 möglich. Damit ergibt sich die Möglichkeit, den Steuerfuß, der auf dem Hubvolumen basiert, langsam abzubauen. Würde man ihn in fünf Jahren beilegen, so würde die Hubvolumensteuer ab 1. Januar 1934 fortfallen. Die kombinierte Steuer würde nach diesem Vorschlag 1929 in einer Höhe in Kraft sein, die der jetzigen Höhe noch entspricht, 1930 noch 90 Proz., 1931 80 Proz., 1932 70 Proz., 1933 60 Proz., 1934 50 Proz. betragen und nur noch eine Gewichtsteuer sein. So würde dem bisherigen Zollabbau für Automobile auch der Abbau des Verbrauchszolles auf ausländische Automobile, den heute die Kraftfahrzeugsteuer darstellt, entsprechen, und die erzieherische Wirkung der Zolldegression auf dem Wege über die Umstellung der Besteuerung fortgesetzt werden. Selbstverständlich müßte dieser Steuerabbau entsprechend auch bei den Lastkraftwagen und Autobussen vorgenommen werden, die schon heute einer Besteuerung nach dem Gewicht unterliegen.

Nimmt man an, daß unsere Vorschläge durchgeführt würden, so würde natürlich der Steuerabbau seinerseits günstig auf die

Motorisierung des Verkehrs wirken. Das Steuereinkommen würde sich bei einer jährlichen Zunahme der Automobile um 15 Proz. (von 1925 auf 1926 betrug die Zunahme 16,1 Proz.) und bei diesem Steuerabbau, vorausgesetzt, daß 1928 ein Steuerertrag von 150 Mill. erreicht wird, wie folgt, gestalten:

Rechnungsjahr	Millionen Mark
1928	150
1929	155
1930	160,5
1931	166
1932	172
1933	178
1934	205

(Ende des Steuerabbaus)

Diese Annahmen sind keineswegs übertrieben optimistisch. Wahrscheinlich wird das Steuereinkommen erheblich über diesen Zahlen liegen. Jedenfalls zeigen sie aber, daß die Durchführung dieses Vorschlags das Ziel, mit der Kraftfahrzeugsteuer einen großen Teil der Straßenaufbau- und -unterhaltungskosten zu decken, nicht gefährden würde. Andererseits würde der Industrie durch die Erweiterung und Verbilligung des Automobilverkehrs ein größerer Markt erschlossen werden, was sie über den Verlust ihres „Nachzolles“ in der heutigen Kraftfahrzeugsteuer trösten sollte.

Der Zug zur Kunstseide.

12 Millionen neues Kapital bei der Bemberg A. G.

Die Kapitalerhöhung der J. P. Bemberg A. G. Bar-men, noch mehr aber die Erklärungen des Aufsichtsratsvorsitzenden zu dieser Kapitalerhöhung, kennzeichnen das rapide Wachstum der Kunstseideindustrie. In ihrem letzten Geschäftsabschluss für das Berichtsjahr September 1925/26 erwähnte die Verwaltung, daß trotz bedeutender Betriebserweiterungen im Sommer 1926 die Nachfrage Ende des Jahres nicht befriedigt werden konnte. So entschloß sich die Gesellschaft zur Aufnahme einer Auslandsanleihe in Höhe von 6,2 Millionen, die wiederum in die Werksanlagen gesteckt wurden. Jetzt erklärt die Verwaltung der zu diesem Zweck einberufenen Generalversammlung, daß sie bei der mit diesen Mitteln geschaffenen Mehrproduktion nicht stehen bleiben könne und daher eine Erhöhung des Aktienkapitals um 12 auf 28 Millionen vorschläge. Der Antrag, der 4 Millionen zum Bezug durch die Aktionäre, 8 Millionen dagegen als Verwertungssaktien vorzählt, wurde einstimmig genehmigt. Der hohe Betrag Verwertungssaktien läßt darauf schließen, daß neben neuen Betriebsinvestitionen aus den 4 Millionen junger Aktien der Hauptzweck der Kapitalerhöhung in einer Erweiterung des Interessentzweiges und Angliederung neuer Unternehmungen durch Begebung der Verwertungssaktien zu suchen ist. Bei der Hoeften-Seide G. m. b. H. ist die Bemberg-Gesellschaft bereits zu 50 Proz. beteiligt, was natürlich erhebliche Mittel beanspruchte, und der schnelle Aufschwung des amerikanischen Bemberg-Unternehmens, der zur Produktionsverdoppelung führte, erforderte gleichfalls große Beträge.

Das am 30. September ablaufende Geschäftsjahr, das nach den Worten des Vorliegenden einen „ungeahnten Aufschwung“ brachte, wird auch den Aktionären eine gute Dividende bescheren, denn der Vorstand konnte bereits mitteilen, daß der Vorjahresertrag von 8 Proz. erheblich überschritten wird. Dem großen Kreis Kunstseidekonsumenten wäre es freilich angenehmer, wenn die Gesellschaft ein so reiches Erntejahr mit Preisentwertung beantwortet würde, anstatt den Aktionären Sondergeschenke zukommen zu lassen.

Ausgestaltung der Zentralgenossenschaftskasse. Das preussische Staatsministerium hat dem Landtag einen Gesetzentwurf überreicht, durch den das bisherige Gesetz über die preussische Zentralgenossenschaftskasse dahin geändert werden soll, daß etwaige zukünftige Erhöhungen der Stammeinlage des Staates ohne jedesmalige Änderungen des Grundgesetzes der Anstalt durchgeführt werden können. Gleichzeitig soll die der Zentralgenossenschaftskasse vom Staate für die Dauer ihres Bestehens als Grundkapital gewährte Einlage um 11 413 800 M. auf 45 Millionen Mark erhöht werden. Der Gesetzentwurf bestimmt ferner, daß die Beteiligung mit Stammeinlagen an der Anstalt schon jetzt an die Zustimmung des Finanzministers gebunden ist.

Richtigstellung. In dem Artikel „Unrationelle Tabakwirtschaft“ vom 24. August ist bei der Darstellung des Anteils der fiskalischen Lasten am Preise der Zigaretten (vorletziger Absatz) aus Versehen „Proz.“ statt „M. per 1000 Stück“ gesetzt worden. Der fiskalische Anteil (Zoll und Steuern) stieg nämlich in den letzten zwei Jahren von 15,5 auf 19,6 M. per 1000 Stück; da der Zigarettenpreis gleichzeitig von rund 3,6 auf rund 4,6 Pf. per Stück gestiegen ist, so ist der fiskalische Anteil nur unwesentlich (etwa von 41 auf 43 Proz.) gestiegen, die Preissteigerung ist also zu gleichen Teilen dem Fiskus und der Industrie bzw. dem Handel zugute gekommen.

Warum sparen Sie nicht, wenn Sie für 3 Pfennig eine Cigarette bekommen, die allen Ansprüchen eines verwöhnten Rauchers genügt? Wir bieten Ihnen:

1. Einen rein orientalischen Tabak, verbilligt durch direkten Grosseinkauf.
2. Eine Tabakmischung, deren Herstellung von ersten Fachleuten überwacht wird.
3. Einen billigen Preis, ermöglicht durch modernen, rationellen Fabrikationsbetrieb.

Fordern auch Sie unsere „Moslem“, die meistgerauchte deutsche 3 Pf.-Cigarette.



CIGARETTENFABRIK PROBLEM · BERLIN

SAUER

